



Zeitung des RSB/IV. Internationale

Gegen Sozialabbau und Krieg:

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Rang	Name	Vermögen/Mi o.	Firma/Branche
03	Albrecht, Familie	\$ 26.800	Einzelhandel (Al di)
12	Quandt, Familie	\$ 18.400	BMW
40	Otto, Familie	\$ 6.500	Einzelhandel
48	Engelhorn, Curt	\$ 5.600	Pharma
50	Flick, F.K. Jr.	\$ 5.500	Investment
64	von Finck, August	\$ 4.800	Investment
70	Schickedanz, Töchter	\$ 4.500	Einzelhandel
72	Plattner, Hasso	\$ 4.400	SAP
76	Gerling, Rolf	\$ 4.300	Versicherung
76	Mohn, Reinhard	\$ 4.300	Medien
82	v. Holtzbrinck, Fam.	\$ 4.200	Zeitungsverlage
87	Oetker, Familie	\$ 4.000	Nahrungsmittelindustrie
97	Haub, Familie	\$ 3.800	Einzelhandel
106	Kipp, Karl-Heinz	\$ 3.400	Immobilien
118	Wurth, Reinhold	\$ 3.100	versch. Industriebetriebe
138	Burda, Hubert	\$ 2.900	Zeitungsverlag
144	Tschira, Klaus	\$ 2.800	SAP
152	Bauer, Heinz	\$ 2.600	Zeitungsverlag
168	Hopp, Familie	\$ 2.400	SAP

Außerdem: Weltkriegselite in München • Ladenöffnungszeiten • Bambule in Hamburg • Krise Kommunikationssektor • Tarifrunde Verdi • Transnet • Reiche und Superreiche • Proteste gegen Hartz • Tankerunglück • al-Qaida • Ausreiselager • Beschneidung von Frauen

INHALT

● Innen

Welt-Kriegselite in München.....	4-5
Ladenöffnungszeiten.....	6
Proteste in Hamburg.....	7

● Betrieb & Gewerkschaft

Tarifrunde öffentlicher Dienst.....	8, 24
Krise im Kommunikationssektor.....	10
Proteste gegen Hartz.....	15

● Schwerpunkt

Proteste in Hamburg.....	07
Reiche & Superreiche.....	11
Vermögenssteuer.....	12-14

● Frauenunterdrückung

Beschneidung von Frauen.....	20
------------------------------	----

● Umwelt

Tankerunglück in Galicien.....	16
--------------------------------	----

● International

Phantomkrieg der USA.....	18
---------------------------	----

Liebe Leserinnen und Leser,

die Probleme des alten Jahres erwarten uns auch 2003. Die neoliberale Politik der kapitalistischen SPD–Grünen–Regierung und der immer wahrscheinlichere imperialistische Krieg gegen den Irak sind die Schwerpunkte auch dieser *Avanti*. Wir bitten die Leserinnen und Leser das Eingreifen des RSB in eine mögliche Streikbewegung wie auch bei den Aktionen der Antikriegsbewegung zu unterstützen z.B. durch Spenden und den Verkauf der Zeitung. Sowohl im Streik- wie im Kriegsfall soll die *Avanti* vierzehntägig erscheinen.

Mit Trixi Blixer gehört der Redaktion zum ersten Mal seit langer Zeit wieder eine Genossin an. Ein kleiner, längst überfälliger Schritt, um aus der revolutionär–sozialistischen *Avanti* eine revolutionär–sozialistisch–feministische Zeitung zu machen. Weitere werden hoffentlich folgen, wünscht sich für das neue Jahr

Eure Redaktion

SPENDENAUFUF

Liebe Leserin, lieber Leser der *Avanti*,

auch revolutionäre Politik kostet Geld, deshalb spendet für die *Avanti* sowie für die Politikansätze, die wir entwickeln wollen. Wir brauchen dringend Eure Unterstützung. Bitte spendet auf folgendes Konto:

Sonderkonto „Avanti“, Postbank Berlin 634 816 106, BLZ 100 100 10

KONTAKTE

RSB-Büro: Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **Telefon und Fax:** 0621/1564046; **E-Mail:** buero@rsb4.de, **Internet:** www.rsb4.de

(„Links“ zu Organisationen der IV. Internationale auf der RSB-Homepage)

RSB Aachen: über RSB Köln; **RSB Berlin:** Postfach 170116, 10203 Berlin; **RSB Dithmarschen:** Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum; **RSB Duisburg:** über RSB Oberhausen; **RSB Essen:** PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **RSB Flensburg:** über RSB Hamburg; **RSB Frankfurt/M.:** über RSB Wiesbaden; **RSB Hagen:** über RSB Essen, **RSB Halle:** über RSB Berlin; **RSB Hamburg:** c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **RSB Karlsruhe:** c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof/Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **RSB Köln:** c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln; **RSB Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB Rhein-Neckar, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **RSB Mainz:** c/o Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **RSB Marburg:** c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **RSB München:** c/o „Linke Projekte“, Gravelottestraße 6, 81667 München; **RSB Neukirchen-Vluyn:** über RSB Oberhausen; **RSB Oberhausen:** c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **RSB Oldenburg (Nds.):** über RSB Hamburg; **RSB Potsdam:** Lindenstr. 47, 14467 Potsdam; **RSB Simbach am Inn:** über RSB München; **RSB Stuttgart:** c/o O. Jaiser, Nellinger Str. 17, 70619 Stuttgart; **RSB Tübingen:** über RSB Stuttgart; **RSB Trier:** c/o Infoladen Trier, Hommerstr. 14, 54290 Trier; **RSB Wiesbaden:** c/o Infoladen linker Projekte, Werderstrasse 8, 65195 Wiesbaden.

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.



Die **Avanti** ist zu bestellen

über das zentrale RSB-Büro:
RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
oder e-Mail: avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresab(mind. Ausgaben)	2 Euro
Hälbjahresab	1 Euro
Findeab	mind. 1 Euro
Probeab(3 Ausgaben)	5 Euro

Den Betrag bitte auf das Konto 634 816 106 auf der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10 überweisen.

IMPRESSUM: *Avanti* – Zeitung des *Revolutionär Sozialistischen Bundes / IV. Internationale* (RSB) – erscheint monatlich (mindestens 11 mal pro Jahr). V.i.S.d.P.: Peter H. Kreitz; Redaktion: Daniel Berger, Trixi Blixer, Heiko Freund, Joe Hill, Peter H. Kreitz, E. Lorenz, Albert C. Rosner; mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz; Kontakt und Abonnement: RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Antisemitischer Galopp für das Kapital!

Das vergangene Jahr hat eine Entwicklung bestätigt, die aufmerksame BeobachterInnen schon länger befürchtet haben: Die politische "Elite" Deutschlands setzt im Machtkampf zunehmend auf das antisemitische Ressentiment.

Erst versuchte Möllemann das "Projekt 18" der FDP mit antisemitischer Deutung des Nahostkonfliktes zu puschen, dann "galoppierte" im vergangenen Monat der hessische Ministerpräsident als antisemitischer Verteidiger des Kapitals.

Skrupellosigkeit, Unverfrorenheit und Frechheit sind die Talente des Roland Koch in den Reihen des politischen Dienstpersonals der Bourgeoisie. Wenn es um rassistische Hetze und antisemitische Stereotypen geht, ist der Nachwuchsstar des hessischen Stahlhelmflügels der Union zur Stelle. Die vergangene Landtagswahl in Hessen entschied die CDU mit einer ressentimentgeladenen Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu ihren Gunsten. Vor zwei Jahren wurden die von Manfred Kanther & Co. zu verantwortenden Schwarzgelder in Millionenhöhe von Koch und der hessischen CDU-Spitze zu "jüdischen Spenden" umgelogen und damit einmal mehr der "Geldjude" als Sündenbock präsentiert. Und nun sprang im Dezember 2002 Roland Koch den armen Reichen und Superreichen in "höchster Not" im hessischen Landtag zur Seite, um sie im Vergleich mit den Opfern des Holocaust ... vor einer lächerlichen Vermögenssteuer zu bewahren!

Den Terror der Nazis als Vergleich für äußerst bescheidene Vermögenssteuerpläne heranzuziehen, verdeutlicht zwar auch die Hysterie im politischen Lager der Bourgeoisie, hauptsächlich aber die Verhöhnung und Geringschätzung der Opfer der Shoah. Ob sich Koch laut Eigenbekundung "vergaloppiert" oder aber nüchtern berechnend die von den Nazis hingemordeten Jüdinnen und Juden für die materiellen Interessen der Bourgeoisie missbraucht hat, rührt nicht an der Tatsache, dass er in beiden Varianten antisemitisch reagiert hat. Im ersten Fall hat er sein eigenes antisemitisches Ressentiment wie Menschen aktiviert, die in Erregung von der Fremd- in die Muttersprache wechseln. Im zweiten Fall – der bei dem "bru-



talstmöglichen" Aufklärer und Aussitzer von Schwarzkontenaffären wahrscheinlicher ist – hat er an die "kleinbürgerliche Tradition" in der Bevölkerung appelliert. Diese aus den gesellschaftlichen Verhältnissen entspringende "Tradition" verlangt danach, selbst die Opferrolle einzunehmen. Der Solidarisierungseffekt mit "unseren" Reichen und Superreichen wäre die Konsequenz dieser Gedankenwelt. Koch hat nicht nur persönlich klargestellt, wes Geistes Kind er ist. Er hat auch eine perfidere Gangart im Klassenkampf von oben vorgestellt. Rassismus und Antisemitismus bleiben auch im 21. Jahrhundert ein zentraler Pfeiler der Klassengesellschaft und des Standesdünkels.

Wenn wir in den Fällen Möllemann und Koch vorläufig Bilanz ziehen, müssen wir Folgendes berücksichtigen und festhalten:

1. Es gibt nicht nur die schlagzeilenträchtigen antisemitischen Affären um Möllemann und Koch. Seit langem und nach wie vor werden in Deutschland immer wieder jüdische Friedhöfe geschändet und Gedenkstätten verwüstet. Seit Schröders postuliertem "Aufstand der Anständigen" im Jahr 2000 sind solche Vorfälle jedoch nur noch Randnotizen wert.

2. Vor dem Hintergrund der neoliberalen Offensive des Kapitals und der politischen Defensive der ArbeiterInnenklasse positionieren sich nicht mehr nur Nazis und Rechtsradikale, sondern auch wichtige politische VertreterInnen der etablierten Parteien mit antisemitischen Vorstößen.

3. Im Bewusstsein, dass ihnen öffentlicher Gegenwind und Widerstand in den eigenen Reihen blüht, bauen Gestalten wie Möllemann und Koch auf die klassenübergreifende Macht des antisemitischen Ressentiments bei großen Teilen der Bevölkerung.

4. Auch wenn Möllemann und Koch mit der Aura des politischen Abenteurers

behaftet sind und speziell Möllemanns FDP-Karriere vorerst am Ende ist, so gilt zumindest Koch als Hoffnungsträger der CDU. Das bedeutet: VordenkerInnen mächtiger politischer Parteien führen den Antisemitismus in ihrem Arsenal.

Das ablehnende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über das Einwanderungsgesetz wird Roland Koch & Co. weitere rassistische Wahlkampfmunition für die Hessenwahl im Februar liefern. All dies geschieht nicht zufällig vor dem Hintergrund millionenfacher Erwerbslosigkeit und sozialer Kälte. Wenn Massenarbeitslosigkeit einer der Nährböden für um sich greifenden Antisemitismus ist, dann müssen wir im Umkehrschluss Albert Einsteins Warnung beherzigen: Der wirkungsvollste Kampf gegen den Antisemitismus, ist ein Kampf gegen die Massenerwerbslosigkeit.

Da sich alle Parteien des Bundestages den Kampf gegen die Arbeitslosen und Beschäftigten auf die Fahnen geschrieben haben, liegt die Lösung mehr denn je in der Kampfkraft der Lohnabhängigen in den Betrieben und auf der Straße.

Wir haben bereits im Zusammenhang mit der Möllemann-Affäre auf die notwendige Wachsamkeit der revolutionären SozialistInnen im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus hingewiesen. Kochs Galopp unterstreicht dies.

PS des RSB, 20.12. 2002

Gegen das Treffen der Weltkriegselite!



Wie schon in der letzten Avanti berichtet, findet am 7./8./9. Februar 2003 wieder die jährliche NATO-Sicherheitskonferenz in München statt. Auch angesichts des bevorstehenden Krieges gegen den Irak formiert sich der Widerstand gegen dieses Treffen der Weltkriegselite.

Nach dem Krieg in Afghanistan bereiten die USA und die EU jetzt die zweite Phase des sogenannten lang andauernden Anti-Terror-Krieges vor. Das nächste erklärte Ziel der militärischen Aggression ist der Irak. Es geht um geostrategische Interessen, die Neuaufteilung der Märkte und die Zugangssicherung der sog. Industrienationen zu den Rohstoffregionen im Nahen Osten. Die herrschende Klasse in den USA, der EU und der BRD möchten ohne Rücksicht auf Verluste die Welt unter sich aufteilen. Sie beanspruchen für sich das Recht auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt. Diese wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche wollen sie auch mit militärischer Gewalt durchsetzen – entweder gemeinsam in der NATO oder notfalls mit militärischen Alleingängen der USA oder der EU.

VERSCHÄRFTE BLOCKKONKURENZ

Es verschärft sich die bis dato auf wirtschaftlicher Ebene existierende Blockkonkurrenz zwischen der EU und den USA, die sich in der vermeintlichen Friedenshaltung der Bundesregierung ausdrückt. Dabei nutzt die BRD die Situation, um ihre eigenen imperialistischen Interessen durch Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee voranzutreiben. Deutschland beteiligt sich an vorderster Front mit

dem Einsatz der Kommando-Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan, mit Flottenverbänden am Horn von Afrika und dem Oberkommando in Mazedonien und Kosovo. Die weltweiten Einsätze der BRD sind innenpolitisch begleitet von Sozialabbau, der massiven Einschränkung der bürgerlichen Rechte bei gleichzeitiger Verschärfung der Repression, sowie einer rassistischen Flüchtlingspolitik und der militärischen Abschottung der Grenzen.

Es gibt also genügend Gründe gegen die Konferenz der 200 RegierungsvertreterInnen, hochkarätigen MilitärstrategInnen, Generäle und RüstungsexpertInnen zu demonstrieren!

REPRESSION

Im letzten Jahr versuchten der Freistaat und die Stadt München die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz schon im Vorfeld zu kriminalisieren, indem laut Verfassungsschutz mehrere Tausend anreisende "gewaltbereite Autonome" aus dem In- und Ausland als Verbotgrund herhalten mussten und so alle Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit außer Kraft gesetzt wurden. Das Bündnis und viele GegnerInnen der Kriegskonferenz mussten eine ganze Reihe von Repressalien aushalten. So wurden nicht nur sämtliche Demos verboten, es wurde auch das Konto des Bündnisses bei der Stadtsparkasse gekündigt, 850 Menschen wurden

an diesem Februarwochenende in Gewahrsam genommen, die Polizei riegelte das DGB-Haus ab und städtisch geförderte Vereine bekamen Kündigungsandrohungen. Dass die stattgefundene (verbotene) Demonstration mit knapp 10.000 TeilnehmerInnen trotz aller Unkenrufe friedlich ablief, konnte sich der Verfassungsschutz in der SZ vom 9.12.2002 nur damit erklären, dass die "gewaltbereiten Globalisierungsgegner" wegen des Demonstrationsverbotes nicht nach München gekommen waren. Im Nachhinein haben von Repression Betroffene gegen diese Behandlung und Bußgeldbescheide Widerspruch eingelegt, die Verhandlungen stehen noch an. Diese Genossinnen und Genossen brauchen unsere Solidarität (s. Spendenaufruf).

KEIN VERZICHT AUF DEMORECHT

Gezeigt hat sich, dass viele Menschen nicht bereit waren, auf ihr Demonstrationsrecht zu verzichten und trotz des Großaufgebotes an Polizeihundertschaften zum Demonstrieren gekommen waren. Wohl um nicht noch einmal eine so blamable Situation mit friedlichen DemonstrantInnen und bis an die Zähne bewaffneten PolizistInnen vor den Augen der Weltpresse entstehen zu lassen, hat der OB Ude angekündigt, die Proteste dieses Jahr nicht verbieten zu wollen. Egal wie letztendlich die Entscheidung ausfallen



München, 8. Februar 2003

**Internationale Großdemonstration
gegen die Nato-Sicherheitskonferenz
12.00 h, Marienplatz.**

Aufrufer: Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz, attac, Münchner

wird – das letzte Jahr hat gezeigt, dass sich Widerstand nicht verbieten lässt.

ANTIKRIEGSKONGRESS

Der Kongress gegen die Sicherheitskonferenz fand im letzten Jahr am Abend nach der Demonstration statt, jedoch wurde jede weitergehende Diskussion mit den angereisten ReferentInnen wegen der Belagerung des DGB-Hauses durch die Polizei unterbunden. Daher hat sich das Bündnis entschlossen, dieses Jahr die inhaltliche Auseinandersetzung in Form eines Antikriegskongresses schon am 10./11./12. Januar zu organisieren. Mit dem Thema "Antikapitalismus globalisieren – gegen die NATO-Kriegspolitik! Eine andere Globalisierung ist nicht nur möglich, sondern notwendig!" sollen Ansätze der Antiglobalisierungs- und Antikriegsbewegung inhaltlich miteinander verbunden werden. Zentrale Fragen, die zur Diskussion stehen, sind u.a. ob die zunehmende Kriegspolitik der Nato-Staaten, der langandauernde Krieg gegen den Terror/das Böse und der Terror der kapitalistischen Globalisierung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Ausserdem soll diskutiert werden, welche Auswirkungen die Militarisierung der Gesellschaften, die "Neuen Kriege" und die kapitalistische Globalisierung auf die weltweiten sozialen Bewegungen haben. Die VeranstalterInnen des Kongresses, Michael Wendl (ver.di), ver.di-Jugend, das Ökumenische Büro und das Bündnis gegen Rassismus drücken die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und den Gewerkschaften aus.

DEMO

Zur internationalen Großdemonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 7./8. Februar 2003 in München rufen das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, attac und das Münchner Friedensbündnis auf. Auch der RSB ist aktiv an der Bündnisarbeit beteiligt. Das

Bündnis hat auf Grund der Repression gegen die Demonstration 2002 schon jetzt erklärt, dass die Proteste gegen diese Kriegskonferenz auf jeden Fall stattfinden werden. Auch will es sich das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen oder durch Verbote einschränken lassen. Viele Gruppen aus einem breiten politischen Spektrum haben sich dem Bündnis angeschlossen. Von sozialistischen über autonome Gruppen bis hin zu kirchlichen Vereinen ist alles vertreten. Den unterschiedlichen Positionen gemeinsam ist die Kritik an der weltweiten Ungerechtigkeit und staatlichen Gewaltpolitik. Die Solidarität untereinander drückt sich in folgendem wichtigen Grundsatz aus, den das Bündnis erklärt hat: "Wir lassen uns nicht in "Gut" und "Böse" spalten, sondern wählen die Formen unseres Widerstandes selber". Die Demonstration wird verstanden als ein Teil der weltweiten Widerstandsbewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und die Kriegspolitik der NATO. Mit der Demonstration soll den KriegsstrategInnen deutlich gemacht werden, dass sie hier und anderswo unerwünscht sind. Vor allem angesichts des anstehenden Krieges gegen den Irak ist es wichtig, dass eine große bundesweite und internationale Demonstration gegen die militärische Aggression stattfindet.

**Schließen wir uns also dem Aufruf des Bündnisses an:
Kommt nach München!
Der Widerstand geht weiter –
gemeinsam, entschlossen, kreativ!
Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten!
Nein zum Krieg gegen den Irak!
Eine andere Welt ist möglich!**

Trixi Blixer

Berlin, 15. Februar 2003

**Bundesweite Großdemonstration
gegen den Irak-Krieg**

Ort wird noch bekanntgegeben

SCHÜLERINNEN GEGENIRAK-KRIEG

Am 18.12.02 veranstaltete die Friedensinitiative des Julius-Stursberg-Gymnasiums in Neukirchen-Vluyn (Nähe Duisburg) am Vormittag eine Informationsveranstaltung zu dem drohenden Irakkrieg. Dabei nahmen über 200 Schülerinnen und Schüler der Oberstufe teil. In den Vorträgen ging es um die „Rechtfertigung“ sowie die Interessenlage bei Kriegen im Allgemeinen und bei dem drohenden Irakkrieg im Besonderen. Des weiteren wurde über die Geschichte des Konfliktes zwischen der westlichen Welt und dem Irak referiert und der Mythos der „Achse des Bösen“ analysiert. Durch die anschließende Diskussionsrunde wurde das Interesse einer breiten Schicht in der SchülerInnenenschaft für solche und ähnliche Aktionen deutlich. Im Anschluss an die Veranstaltung meldeten spontan einige SchülerInnen ihr Interesse an, bei der bisher sechs Mitglieder zählenden Initiative mitzuarbeiten und an der Aktionsplanung in Hinblick auf den Tag X mitzuwirken.

*Korrespondent
Neukirchen-Vluyn*

PROTEST GEGEN COCACOLA

Fünfundzwanzig Jugendliche protestierten an der „Coca Cola-Oase“ im CentrO.(-Oberhausen), dem größten Einkaufszentrum Europas, gegen die Ermordung von fünf ArbeiterInnen in Kolumbien. Die fünf KollegInnen waren Aktive der Nahrungsmittelgewerkschaft SINALTRAINAL in einem Abfüllbetrieb von Coca Cola. Sie kämpften gegen Massentlassungen und ausbleibende Lohnerhöhungen und wurden von Todesschwadronen ermordet. Die Jugendlichen verteilten im CentrO. 800 Flugblätter und riefen zum Boykott von Coca Cola auf.

Korrespondent Oberhausen

Laden? Schluss!

Alle Jahre wieder, wenn die Konjunktur ins Stocken gerät oder besonders gut läuft, der Umsatz sinkt oder steigt, rufen Einzelhandelsverbände, PolitikerInnen und bürgerliche Presse nach einem Allheilmittel - der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.

Alles soll dadurch besser werden: mehr geöffnete Läden, mehr KundInnen, größere Umsätze, mehr Arbeitsplätze – und verschämt werden zuweilen auch größere Profite genannt. Alle Menschen würden dadurch ein glücklicheres Leben haben, dass sie auch sonntags abends oder Dienstag um 23 Uhr shoppen könnten. Die Realität sieht freilich anders aus.

AUFWEICHUNG VON ERRUNGENSCHAFTEN

Für die EinzelhandelskapitalistInnen geht es hier vor allem um eines: um die weitere Aufweichung bisheriger Errungenschaften und Standards der Angestellten. Flexibilisierung und Prekarisierung sind die Folgen, weniger abgesicherte Jobs und nervendere Arbeitszeiten. Bisherige Zuschläge für Sonnabends- und Nacharbeiten drohen mit einer solch neuen Normalarbeitszeit wegzufallen. Gerade die ohnehin unter schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen leidenden, zumeist weiblichen VerkäuferInnen werden noch stärker unter Druck stehen und die Hauptopfer dieser Veränderungen sein. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten bliebe aber auch nicht ohne Wirkung auf andere Branchen. Ist erst einmal irgendwo



eine Tür geöffnet, wird sich der Flexibilisierungsdruck weiter fortsetzen.

DRUCK AUF KLEINSTBETRIEBE

Hochgradig irrational sind aber auch die Aussagen der EinzelhandelskapitalistInnen und ihrer Lohnschreiberlinge, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten zu einer Umsatzvergrößerung führen könnten. In Wirklichkeit verringert sich auf Grund sinkender Reallöhne, Arbeitslosigkeit und Armut die Massenkaukraft weiterhin. Hier kann es höchstens zu gewissen Umschichtungen innerhalb des Einzelhandels kommen. Davon werden auf jeden Fall nicht die Kleinstbetriebe, welche auf Selbstaubeutung und kaum auf Lohnarbeit beruhen, profitieren. Diese können

dann noch weniger mit den großen Ketten konkurrieren, viele werden sich in die länger werdende Liste der Insolvenzen einreihen. Ansonsten ist nur noch zu erwarten, dass viele Menschen ihr Bier nicht mehr an der Nachttankstelle, sondern im nun rund um die Uhr geöffneten Supermarkt kaufen werden.

KÜRZERE ARBEITSZEIT STATT LÄNGERE ÖFFNUNGSZEITEN

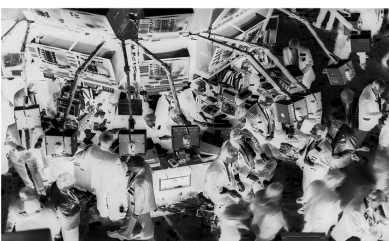
Lohnabhängigen gegenüber wird versucht, die Aufweichung des Ladenschlusses damit schmackhaft zu machen, dass sie nun angeblich häufiger und weniger gehetzt einkaufen können. Sehr viel logischer wäre es da doch, alle Arbeitszeiten massiv und bei vollem Personalausgleich zu verkürzen – was natürlich nicht mit dem, sondern nur gegen das Kapital zu machen sein wird. Jedenfalls hat die ArbeiterInnenklasse von rund um die Uhr geöffneten Geschäften nichts zu gewinnen, weder als dort ArbeitendeR, noch als KonsumentIn. Und neben einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung sollte mensch sich auch über eine öffentliche Kontrolle der Preise oder eine automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerung, zusätzlich zu den hoffentlich durchgesetzten Lohnerhöhungen in der Tarifrunde, Gedanken machen.

joe hill

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Die Weltwirtschaft nach dem Boom



Außerdem:
USA Zwölf Monate „Krieg gegen Terrorismus“
Kaschmir Rhetorik und Repression
Palästina-Debatte Zwei Staaten, säkularer demokratischer Staat,
sozialistischer Naher Osten

Nr. 372/373 November/Dezember 2002 € 4

INPREKORR - die marxistische Monatszeitschrift mit Berichten von politisch Aktiven aus der ganzen Welt

Inhalt der Inprekorr Nr. 372/373

(Nov-Dez 2002):

- Die Weltwirtschaft nach dem Boom
- Im Jahr Null: Zwölf Monate „Krieg gegen den Terrorismus“

- Palästina-Debatte
- Debattenbeitrag zum Charakter der SPD

Doppelheft: 4 EUR | Jahresabo: 26 EUR | ermäßigtes Abo: 15 EUR
Bestellung bei: Neuer Kurs GmbH, Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln
oder in linken Buchhandlungen

Die Inprekorr wird herausgegeben vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale

Bambule in Hamburg

Seit Anfang November reißen Demos und Protestaktionen in Hamburg nicht ab. Unmittelbarer Auslöser hierfür war die Räumung eines Bauwagenplatzes.

Anfang November räumte die Polizei unter Federführung von Innensenator Ronald Schill den im innenstadtnahen Karolinentviertel gelegenen Bauwagenplatz *Bambule*. Ein Polizeiaufgebot mit zehn Hundertschaften und Wasserwerfern sperrte das Viertel mit der gesamten Umgebung weiträumig ab. Die BewohnerInnen der *Bambule* sollten aus der gesamten Stadt vertrieben werden. Einige der Behausungen wurden beschlagnahmt, einige BewohnerInnen zwecks Zwangsvorführung auf dem Wohnungsamt in Gewahrsam genommen. Orchestriert wurde das Ganze von einem reaktionären Trommelfeuer fast der gesamten Hamburger Tagespresse, welche die BauwagenbewohnerInnen und ihre UnterstützerInnen als Krawallmacher und TerroristInnen abstepelte.

WARUM GERÄUMT WIRD

Das gewaltförmige Vorgehen des Senats verfolgt zwei Linien. Zum einen sollen die innenstadtnahen Viertel "sauber" und "vorzeigbar" werden. Angeblich würden dadurch Investitionen angezogen und die Olympiabewerbung Hamburgs für 2012 befördert. Die Räumung von *Bambule* steht aber auch noch mit der direkten Erweiterung des Messegeländes in Zusammenhang, welche Teile des Karolinentviertels umstrukturieren würde.

Zum anderen erfüllt die Benachteiligung und Drangsalierung von offensichtlich von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Menschen (ob geplant oder nicht) die Funktion, die schwächelnde Basis des Senats wieder stärker an diesen zu binden. Vielen "kleinen Leuten", welche von *Beust*, *Schill* & Konsorten gewählt haben, geht es objektiv nach über einem Jahr des neuen Senats nicht besser. Mensch kann sich aber besser fühlen, wenn es denjenigen, welche unter einem stehen, noch mieser geht. Wenn Schwarze durch die zwangsweise Einnahme von Brechmitteln gequält oder Bunthaarige aus ihren Behausungen vertrieben werden, trifft es nach den reaktionären Projektionen der Spießherren diejenigen, welche für die eigene Misere verantwortlich sind.

HALLUZINATIONEN DES INNENSENATORS

Seit Anfang November gab es wegen der Räumung über 20 Demonstrationen, einige davon mit bis zu 10.000 TeilnehmerInnen. Entgegen Lageberichten von Polizei und Verfassungsschutz halluzinierte Innensenator Schill immense Gewaltpotentiale besonders bei den größeren Demos herbei, um die Innenstadt absperrn zu lassen. Böse Zungen behaupten, dass es hier vor allem um ein unbeeinträchtigtes Weihnachtsgeschäft für den Einzelhandel ging. Gewalt ging in aller Regel nur von der Polizei aus, welche bei mehreren Demos massiv provozierte. So griff sie eine Spontandemo nach einem Heimspiel des FC St. Pauli bei Minusgraden mit Wasserwerfern an, kesselte mehrere hundert Beteiligte und PassantInnen stundenlang ein und nahm sie dann in Gewahrsam. In der Zeitung konnte mensch am nächsten Tag



dann lesen, die Polizei sei massiv gegen "gewalttätige Chaoten" vorgegangen. Nicht nur bei dieser Demo fragten sich viele, ob sie nicht auf einer anderen Veranstaltung waren als auf der, über welche berichtet wurde.

BAMBULE ALS SYMBOL

Die Räumung der *Bambule* entwickelte sich zum Symbol, an welchem sich bisher vereinzelte Widerstände gegen die reaktionäre und repressive Politik des Senats sammelten. Der sich seit zehn Jahren in einer Krise befindlichen autonomen und alternativen Szene Hamburgs gelangen erstmals seit Mitte der 1990er Jahre wieder größere Mobilisierungserfolge. Die AS-ten mehrerer Hochschulen und die in der



Sozialpolitischen Opposition zusammengeschlossenen Initiativen und Träger der Sozialarbeit brachten sich intensiv in die Proteste ein. Die Aktivitäten bekamen schnell die über den unmittelbaren Anlass hinausgehende Stoßrichtung: "Schill muss weg" und "Senat stürzen". Den meisten ist klar, dass mensch mit SPD/GAL auch in Zukunft nicht besser fahren würde und radikalere Veränderungen notwendig sind.

GEWERKSCHAFTEN ZURÜCKHALTEND

Die Gewerkschaften hielten sich bis auf die GEW mit der Solidarität zurück. Bei einer von DGB und Ver.Di angesetzten Großdemo gegen die Spar- und Privatisierungspolitik des Senats am 5. Dezember kamen Oberbürokraten wie DGB-Hauptling/SPD-MdBü Pumm und der neue Shooting-Star von Ver.Di, Rose, ins Schlingern. Sie wollten lieber mit den KollegInnen von der Polizeigewerkschaft GdP demonstrieren, als mit unkontrollierbaren Kräften. Doch die GdP hatte einen Tag vorher ihre Teilnahme zurückgezogen. Auf der Demo selbst stellten die offiziellen Gewerkschaftsblöcke nicht einmal ein Drittel der knapp 10.000 TeilnehmerInnen. Viele GewerkschafterInnen etwa von der GEW oder der Ver.Di-Fachgruppe Medien gingen bewusst nicht im Gewerkschaftsblock sondern bei den "ChaotInnen" mit.

Entscheidend wird die Verfestigung der weiteren Proteste gegen den Senat über Demos hinaus sein, um den Normalzustand in der Stadt zu beeinträchtigen. Dafür bedarf es des Aufbaus handlungsfähiger Basisstrukturen in Stadtteilen, Betrieben, Schulen und Unis. Und noch mehr als bisher müssen SchülerInnen und GewerkschafterInnen in die Proteste einbezogen werden.

joe hill

ÖD-TARIFRUNDE

Auf die Bewegung von unten kommt es an

Auf die ver.di-Spitze sollte sich niemand verlassen, wenn es um die volle Durchsetzung der Tarifforderungen geht

Zum Glück für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht allerdings die Gewerkschaftsführung unter einem erheblichen Erfolgsdruck und zwar aus zwei Gründen: Erstens muss diese (nicht gewählte!) Führung etwas vorweisen, wenn sie auf dem nächsten Gewerkschaftstag im Herbst diesen Jahres bestehen und nicht in Schimpf und Schande davon gejagt werden will, mit all den Folgen, die das für die Fusion der fünf Gründungsgewerkschaften von ver.di hätte.

Zum zweiten weiß die ver.di-Spitze: Knickt sie ohne Not ein und macht einen Abschluss unter 3%, dann wird die Krise das Ausmaß von 1992 noch überschreiten. Dann werden viele Gewerkschaftsmitglieder ihr Mitgliedsbuch hinschmeißen. Massenhafte Austritte und der Rückzug von aktiven KollegInnen sind dann zu befürchten, mit verheerenden Folgen nicht nur für die Zahl der Mitglieder,



sondern auch für die Handlungsfähigkeit von ver.di.

Die Verhandlungsführer der Gegenseite wissen das und setzen auf eine harte Linie, in der Hoffnung, dass die Propaganda mit den leeren Kassen genug Druck erzeugt. Ein Misserfolg an dieser Front würde die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Politik z.B. bei Hartz vor große Probleme stellen.

Dieser Widerspruch ist jetzt die Chance für die gewerkschaftliche Basis. Die Warnstreikwelle im Dezember war ein erster Erfolg (s. Artikel von Ida Liethen auf Seite 24). Mit recht hoher Wahrscheinlichkeit wird am 15. Januar das Scheitern der Schlichtung erklärt und am 21.-23. Januar die Urabstimmung laufen. Die muss gewonnen werden! Bisher ist der 26. Januar als Streikbeginn vorgesehen.

Jetzt kommt es darauf an, mit Kundgebungen, Streiks und Solidaritätsaktionen anderer Gewerkschaften die Forderungen der Beschäftigten zu unterstreichen. Wer den Hartz-Gesetzen und dem Kriegskurs der Bundesregierung etwas entgegensetzen will, sollte sich mit den ver.di-KollegInnen solidarisieren. Machen wir der Regierung Dampf! Auf die Straße gegen Kriegskurs, Lohndrückerei und Sozialabbau!

Clarissa L.

München

Viele Warnstreiks – gute Stimmung!

Um Druck während der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst aufzubauen, wurden auch in München mehrere Warnstreiks durchgeführt.

Um Druck während der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst aufzubauen, wurden auch in München mehrere Warnstreiks durchgeführt. Das erste Mal seit Jahren wurden viele Bereiche miteinbezogen, die sonst eher im Hintergrund der Tarifverhandlungen stehen. So beteiligten sich am 10.12. ca. 500 KollegInnen bei der ersten gemeinsamen Kundgebung: städtische MüllentsorgungsarbeiterInnen, die Berufsfeuerwehr, KollegInnen der Stadtgärtnereien und die Angestellten der



Hochschulen und des Sozialreferats waren da. Auffällig waren auch die StraßenreinigerInnen, die mit ihren kleinen Kehrmaschinen rechts der Reisigbesen, links die ver.di-Fahne eine Spur der Ludwigstraße blockierten.

Nach dieser Aktion legte ver.di gleich nach und organisierte am 16.12. einen eintägigen Warn-

streik der öffentlichen Verkehrsmittel. Das ist schon wesentlich kämpferischer als frühere ötv-Aktionen, die bei den Verkehrsbetrieben Warnstreiks immer nur in der Früh von 4.00h bis 6.00h organisierten.

Außerdem kam es noch zu stundenweisen Ausständen beim Münchner Flughafen und in einzelnen Krankenhäusern. Neu war, dass ein Warnstreik bei den 800 städtischen ErzieherInnen und KinderpflegerInnen organisiert werden konnte. Trotz der Medienkampagne, dass die Kassen leer seien, war die Stimmung im Allgemeinen kämpferisch und gut.

Korrespondentin München

Transnet-Hauptvorstand zog die Notbremse

Ende Oktober beschloss die Tarifkommission der Eisenbahngewerkschaft Transnet einen sogenannten Ergänzungstarifvertrag für die Deutsche Bahn Regio, der wesentliche Verschlechterungen tariflicher Standards vorsah.

Damit sollte der Bereich, der den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) erbringt, dem durch Deregulierung des öffentlichen Nahverkehrs – insbesondere durch EU-Regelungen – sich ständig verschärfenden Wettbewerb besser gewachsen sein. DB Regio verliert immer mehr von den Bundesländern bzw. den Zweckverbänden für den Nahverkehr ausgeschriebene

Hinzu kam, dass die relativ kleine und im Beamtenbund organisierte Gewerkschaft der Lokführer (GDL) erstmals die Zustimmung unter einen Tarifvertrag verweigerte und zum Jahresanfang 2003 mit Streiks drohte. Durch Druck ihrer Basis ging die bisher eher als konservative Beamtenorganisation bekannte GDL auf einen scharfen Konfrontationskurs gegenüber dem Bahnvorstand und gegenüber der gewerkschaftlichen Konkurrenz von Transnet und GDBA.

AUSWIRKUNG IN TRANSNET

Im Ergebnis der innergewerkschaftlichen Basisproteste in der Transnet, der harten Linie der GDL und der Ankündigung des Bahnvorstandes sich nach Abschluss dieses Tarifvertrages, im Gegensatz zu vorherigen Bekundungen, doch nicht an allen Ausschreibungen im SPNV zu beteiligen, zog Transnet-Vorsitzender Hansen auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 9. Dezember die Notbremse und setzte die Unterzeichnung des Tarifvertrages befristet aus.

Nun soll eine massive gewerkschaftliche Kampagne gegen ruinösen Wettbewerb im öffentlichen Nahverkehr, gegen Dumpinglöhne und für ein Tariftrueugesetz gemeinsam mit Ver.di und der GDBA gestartet werden. Die GDL soll dabei wieder mit ins Boot geholt werden.

Der Bahnvorstand indes will nun seinerseits einen harten Kurs fahren. An Ausschreibungen wie jetzt aktuell in Schleswig-Holstein will man sich mit ausgegründeten Tochterunternehmen ohne bzw. mit Haustarifverträgen beteiligen.

Die Auseinandersetzungen der letzten Wochen haben bewiesen, dass nur eine massive Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen in dieser Kampagne den weiteren Verlust von Arbeitsplätzen bei DB Regio verhindern kann.

Korrespondent

GEWINNE & ENTLASSUNGEN

Der Vorstandschef Gerhard Full des Industriegase- und Anlagenbaukonzerns **Linde** hat den Wegfall von weltweit 1.550 Stellen angekündigt, davon 1.000 in Deutschland. Gleichzeitig sieht er zum Ende des Geschäftsjahrs einen Jahresüberschuss von 289 Mio. € Financial Times Deutschland (FTD) 15.11.02).

Der zu Bertelsmann gehörende Internetdienstleister **Pixelpark** will seine bereits auf 450 Beschäftigte geschrumpfte Belegschaft nochmals radikal auf 40 bis 60 Mitarbeiter reduzieren. (FTD 18.11.02).

Der Automobilzulieferer **Robert Bosch** will in den nächsten drei Jahren in Hildesheim 830 seiner 2.000 Stellen in der Produktion von Startern abbauen. (FTD 20.11.02).

Der Autozulieferer **Mahle GmbH** will rund 700 Stellen streichen. Die Belegschaft im Werk in Markgröningen soll halbiert werden, weiterer Abbau ist in der Zentrale in Stuttgart und in Rottweil geplant. (FTD 26.11.02).

Die Kölner **Ford-Werke** wollen bis Mitte 2003 rund 600 Stellen streichen. (FTD 29.11.02).

Die deutsche Internetpartei des weltgrößten Medienkonzerns AOL Time Warner will 200 seiner 1.400 Stellen bei **AOL Deutschland** abbauen. (FTD 29.11.02).

Der weltweit zweitgrößte Druckmaschinenhersteller **MAN Roland** kappt 373 Stellen vor allem in den Standorten Offenbach, Mainhausen und Geisenheim. (FTD 4.12.02).

Die **Dresdner Bank** streicht in ihrem Geschäftsbereich Firmenkunden 800 Stellen. Insgesamt werden bis Ende 2003 rund 11.000 Arbeitsplätze abgebaut. (FTD 6.12.02, 9.12.02).

Konrad Reich



Leistungen an private und kommunale Konkurrenten.

Im Kern sah der Tarifvertragsentwurf vor – bei Beibehaltung der Entgelte – über diverse Neuregelungen in der Anrechnung von Arbeitszeiten, Zusatzurlaub, der Neuregelung von Zuschlägen sowie des Ersatzes des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes durch eine Jahresleistungsprämie die Jahresarbeitszeit indirekt um ca. 60-80 Stunden zu verlängern bzw. das Jahreseinkommen um bis zu einem Monatseinkommen zu senken. Besonders betroffen wäre das Fahrpersonal, d.h. Lokführer und Zugbegleiter.

UNMUT AN DER BASIS

Über diesen Abschluss, der praktisch ohne Konsultation und nur unzureichender Information der gewerkschaftlichen Basis ausgehandelt wurde, entstand großer Unmut, besonders in den betroffenen Berufsgruppen, die durch den Wechsel-schichtdienst schon starken Belastungen ausgesetzt sind. Viele gewerkschaftliche Vertrauenspersonen sowie Betriebsräte protestierten scharf beim geschäftsführenden Vorstand der Transnet gegen diese Vorgehensweise. Über 1000 Kolleginnen und Kollegen traten innerhalb von 2 Wochen aus Transnet aus.



Telekommunikation: Die Party ist vorbei

Seit Anfang 2001 sind weltweit rund 30 bedeutende Telefon- und Datennetzbetreiber in Konkurs gegangen – darunter Hoffnungsträger wie Carrier 1, Global Crossing, RSL Com und Worldcom.

Weitere Betreiber, wie die *Deutsche Telekom*, *France Télécom*, *British Telecom* oder *AT&T* in den USA, stöhnen unter einer gigantischen Schuldenlast, fahren deshalb ihre Investitionen fast gegen Null und reißen damit die Telekomaurüster wie *Lucent*, *Nortel*, *Siemens ICN*, *Alcatel*, *Marconi* oder *Ericsson* mit in den Strudel. Wie konnte es zu einer solch krisenhaften Entwicklung kommen?

ÜBERPRODUKTION

Die Antwort ergibt sich aus zwei klassischen Phänomenen, die Karl Marx schon beschrieben hat: Überproduktion und Überakkumulation.

Getrieben von einer enormen Zunahme der weltweiten Teilnehmerzahlen zwischen 1996 und 2000 im Mobilfunkbereich um 35%, bei der Internetnutzung sogar um 63%, einem weiteren Anstieg im Festnetzbereich auf fast eine Milliarde TeilnehmerInnen und im Umfeld einer blinden New-Economy-Gläubigkeit vertrauten die Telekombetreiber und -ausrüster darauf, dass diese explosive Expansion der Internet- und Mobilfunknutzung eine nahezu unbegrenzte Nachfrage nach Telekommunikationskapazitäten auslösen würde. Dementsprechend addierten sich die Ausgaben im Telekombereich zwischen 1997 und 2001 in Europa und den USA gemäß "Jahrbuch für Europäische Informationstechnologie" auf mehr als 4.000 Milliarden \$. Die jährlichen Investitionen der Betreiber in die Infrastruktur haben sich in dieser Zeit verdreifacht.

ÜBERAKKUMULATION

Durch den extensiven Ausbau der Netzinfrastruktur (z.B. Glasfasernetze, Router, Vermittlungs- und Übertragungssysteme etc.) sind enorme Überkapazitä-

ten entstanden. Die Folge dieses Netzbooms: die Netzauslastung liegt heute nur noch bei etwas über 30%, beim Glasfasernetz in den USA sogar nur bei 5%. In der Folge sind die Preise für die Nutzung der Infrastruktur dramatisch gefallen. Hinzu kam nach 2001 eine zunehmend krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft mit weiteren Einbrüchen im Betreibergeschäft.

EINKAUF AUF PUMP

In dem Drang, den größeren Teil des Telekomgeschäfts zu bekommen, gingen die großen Betreiber in dieser Zeit weltweit auf Einkaufstour. *France Télécom* kaufte *Orange* für 43 Mrd. € und stieg bei *Mobilcom* ein, die *Deutsche Telekom* kaufte *Voicestream* für knapp 35 Mrd. €. *Vodafone* übernahm für 176 Mrd. € *Mannesmann Mobilfunk*, und *AT&T* kaufte in den USA dutzende Firmen für rund 100 Mrd. \$. Dazu kam die enorme Summe von fast 110 Mrd. € die in Britannien, Frankreich und Deutschland für die UMTS-Lizenzen zu zahlen waren.

Die Aufblähung der Geschäfte, die Investitionen in die Infrastruktur und die Übernahmen haben die Betreiber im wesentlichen nicht aus Eigenkapital sondern über den Kapitalmarkt finanziert. Kapital strömte in diesen scheinbar profitablen und aussichtsreichen Anlagebereich. So vergaben Banken, *Thomson Financial* zufolge, zwischen 1996 und 2001 Kredite in Höhe von 890 Mrd. \$. Weitere 450 Mrd. wurden über den Anleihemarkt aufgenommen und 500 Mrd. über Privateinlagen und die Börse finanziert. Das globale Finanzsystem wurde süchtig nach einem ständigen weiteren Anheizen dieses Feuers. Fast die Hälfte der 1999 vergebenen Bankkredite in Europa gingen an Telekommunikationsunternehmen. Die Ratingagentur *Moody's* schätzt, dass etwa 80% aller

hochprozentigen Anleihen, die in den USA auf dem Höhepunkt des Booms aufgelegt wurden, zur Finanzierung von Telekomunternehmen dienten.

ABBAU

Heute stehen z.B. die *France Télécom* mit 70 Mrd. € Schulden da, die *Deutsche Telekom* mit 64 Mrd. € und *AT&T* musste die Last seiner 56 Mrd. \$ Schulden durch massive Verkäufe von Firmenteilen reduzieren. Gleichzeitig fiel der Aktienwert aller Telekommunikationsunternehmen und – hersteller seit dem Höhepunkt März 2000 um 3.800 Mrd. \$. Um das ins Verhältnis zu setzen: Die gesamten Wertverluste an den asiatischen Börsen während der Asienkrise Ende der 1990er Jahre betragen „nur“ 813 Mrd. \$.

Die Folgen sind katastrophal. Bei *France Télécom* stehen 20.000 Arbeitsplätze auf der Kippe, die *Deutsche Telekom* plant 50.000 Stellen zu streichen und bei den Ausrüstern und in der Zulieferindustrie wurden bis Ende 2001 bereits mehr als 550.000 Arbeitsplätze zerstört. Und diese Zerstörung bei den Herstellern geht weiter, wie die letzten Personalabbauplanungen von *Siemens ICN*, *Nortel*, *Lucent* und *Alcatel* zeigen.

Konrad Reich

– Anzeige –

Der virtuelle Treffpunkt der
Gewerkschafts- und Betriebslinken



LabourNet
Germany

www.labournet.de

Die Reichen sollen zahlen!



Zu einer umfassenden Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört es, Ross und Reiter zu nennen. Denn das Kapital ist nicht namenlos. Die Marktgesetze setzen sich zwar teilweise hinter dem Rücken der Beteiligten durch, aber die NutznießerInnen sind konkrete Menschen – die Klasse der KapitalistInnen und sonstige ProfiteurInnen.

Die einschlägigen Publikationen sind allen Interessierten bekannt. Wir wollen hier nur wenige nennen: Das Wirtschaftsmagazin *Forbes* veröffentlicht alljährlich eine Liste der Dollar-MilliardärInnen der Welt (erhältlich über *Financial Times Deutschland*). Nach dieser sicherlich unvollständigen Liste besaßen 497 Familien im Jahre 2001 zusammen 1540 Mrd. US-\$.

REICHTUM STEUERFREI

“Reichtum gleicht einem scheuen Wild”. So schrieb E.-U. Huster in seinem Buch “Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung” 1997 (S. 13). Wie erfolgreich sich die Reichen der Besteuerung entziehen, zeigt folgender Umstand. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, wie sie vom statistischen Bundesamt aufgrund der Bilanzen und mit Hilfe eigener Berechnungen erstellt wird, unterscheidet sich erheblich von den Zahlen, die dem Finanzamt als deklarierte Einkommen vorliegen. Die Differenz betrug schon 1989 365 Mrd. DM. Jeden Tag wurde also 1 Mrd. DM an den Finanzämtern vorbeigeschleust (DIW Wochenbericht 30/96 S. 501).

So hat z. B. die *Wirtschaftswoche* Nr. 49 vom 27. 11. 1997 deutsche MilliardärInnen mit Wohnsitz in der Schweiz aufgeführt. Einige Fakten sind wohl bekannt: *Der Spiegel* zitiert in seiner Ausgabe 12/96 den ehemaligen Bürgermeister von Hamburg Voscherau: “In Hamburg leben 4500 Einkommensmillionäre, von denen die Hälfte überhaupt keine Steuern zahlt und deswegen auch in allen Statistiken fehlt”.

“WERTEGEMEINSCHAFT”

Weiterhin gilt, dass in der Bundesrepublik zwar die Mastputen gezählt werden, nicht aber die MillionärInnen. Geschätzt wird, dass es 365000 EuromillionärInnen gibt und jedes Jahr 10000 dazu kommen. Ihr Vermögen soll 2000 Milliarden Euro betragen, das Zehnfache des Bundeshaushaltes für 2003. Die 10 reichsten Deutschen

übertreffen mit 80 Milliarden das Bruttoinlandsprodukt von Tschechien. 50 bis 100 Deutsche besitzen mehr als 1 Milliarde Euro (*Spiegel* 16.12.2002). Wer gewinnt, wenn statt einer Vermögenssteuer eine Abgeltungssteuer von 25% auf Zinseinkommen vereinbart wird? Und durch Amnestie die Unehrliehen mal wieder die Schlaunen sind?

zahlen eine Pauschalsteuer, die von der Selbsteinstufung abhängt.

In Liechtenstein werden Stiftungen gegründet, deren InhaberInnen anonym bleiben (so z.B. beim Schwarzgeld der hessischen CDU) und die die geringsten Steuern in Europa zahlen.

Sehr informativ (mit vielen Daten und Namen) ist gerade in dieser Beziehung das

10% ZU 90%

Auch wenn wir von den “reichen und superreichen Familien” sprechen und ihre entschädigungslose Enteignung fordern, so ist der entscheidende gesellschaftlichen Unterschied nicht zwischen “arm” und “reich”. Der grundlegende Widerspruch der Gesellschaft liegt im Interessengegensatz zwischen den 300.000 KapitaleignerInnen und der ArbeiterInnenklasse von über 41 Mio. Lohnabhängigen (34 Mio. Erwerbstätigen + mindestens 7 Mio. Erwerbslosen). Zusammen mit ihren Familienangehörigen stellen sie rund 90% der Bevölkerung der BRD.

Die Politik der Regierung SPD-Grüne und der Opposition von CDU/CSU-FDP wird jedoch im Interesse der rd. 10% der KapitaleignerInnen, ihres Führungspersonals und der Selbständigen gemacht. Beispielhaft für die Gesinnung der Kaste der 100 000 BerufspolitikerInnen sei der Generalsekretär der SPD-NRW, Michael Groschek, genannt. Groschek: “Den Ballast von 150 Jahren Industriearbeiterpartei müsse die SPD nach und nach loswerden. Die Zukunft sei nicht in großen Fabriken zu finden, sondern liege in den Händen der neuen Selbständigen.” (*Süddeutsche Zeitung* 16.12.02).

B.B.

Die reichsten 10% der Haushalte verfügten 1998 über 50,4% des gesamten Nettogeldvermögens. Die untere Hälfte verfügte 1993 nur über 7,7% des Nettogeldvermögens, 1998 waren es dann nur noch 4,7%. Das untere Viertel der Haushalte hatte 1993 noch 0,1% des Nettogeldvermögens, 1998 überwogen die Schulden, so dass sie minus 1,5% des Nettogeldvermögens aufwiesen. (Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2001)

“FAIRTEILEN” ODER ENTEIGNEN?

Das Schweizer Magazin *Bilanz* listet jedes Jahr etwa 50 deutsche Millionäre und Milliardäre auf, die über ein Vermögen von mehr als 50 Mio. Euro verfügen. In der Schweiz werden Kapitalerträge mit einer Einkommenssteuer zwischen 18 und 33 Prozent besteuert, aber AusländerInnen

1997 erschienene Buch von Dorothee Beck und Hartmut Meine (Bezirksleiter der IG Metall in Niedersachsen) “Wasserprediger und Weintrinker. Wie Reichtum vertuscht und Armut verdrängt wird” (Verlag Steidl).

Eigentlich müsste es Aufgabe der Gewerkschaften sein, diese Fakten offensiv zu verbreiten. Statt dessen machen sie eine laue und flau Kampagne “fairteilen”. Völlig ausgeblendet wird dabei, dass die superreichen KapitaleignerInnen allein durch die Lohnarbeit ganzer Generationen zu ihrem Vermögen kamen. Unter den 497 \$-Milliardär-Familien befanden sich 2001 auch 35 Familien aus Deutschland. Würden sie entschädigungslos enteignet, würden 140,1 Mrd. US-\$ der Allgemeinheit zu Gute kommen können.

D.B.-B.S.-F.R.

SCHRÖDERSABGELTUNGSSTEUER–OFFENSIVE

Niedrigsteuer für Kapitalerträge & Amnestie für Steuerflüchtlinge

Gabriel und andere SPD–Ministerpräsidenten hatten aus wahltaktischen Gründen die Debatte um die Vermögenssteuer aufgegriffen. Die neoliberale Antwort der Bundesregierung sowie das flotte Einlenken der sozialdemokratischen Wahlkämpfer ist bezeichnend für die Interessen und für den Klassencharakter von SPD und Grünen.

1997, noch unter Kohl, wurde die Vermögenssteuer ausgesetzt und später abgeschafft. Anlass war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995, das die steuerliche Bevorzugung von Immobilien als verfassungswidrig erklärte. Offiziell ging es den Herrschenden also damals noch gar nicht um eine Abschaffung. Argumentativ erschien dies auch deswegen als schwierig, weil selbst beim Vorbild USA die Besteuerung von Vermögen weitergeführt wird. Dort macht sie wie auch in Japan und GB immerhin 10% des Steueraufkommens aus.

GUT GEÖLTE PROPAGANDAMASCHINE

In den letzten 10 Jahren wurden in der BRD die Körperschaftssteuer und der Spitzensteuersatz gesenkt und von SPD–Grünen die Steuerbefreiung von Gewinnen aus dem Verkauf von inländischen Kapitalbeteiligungen durchgesetzt. Die Vermögenssteuer wurde schlicht und einfach ganz abgeschafft.

Hintergrund dieser Entlastung der Reichen und Superreichen ist das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu Ungunsten der ArbeiterInnenklasse. In der öffentlichen Debatte wird der ständig vorgebrachten Forderung nach "Entlastung der Unternehmen" nichts Wirksames entgegengesetzt. Selbst die Gewerkschaften weisen nur hin und wieder darauf hin, dass Vermögens-, Grund-, Erbschafts- und andere Steuern auf Eigentum in Deutschland mit 0,9% einen geringeren Anteil am Bruttonozialprodukt haben als in den USA mit 3,1%, Britannien mit 3,9% und Frankreich mit 3,2%. Die Propaganda der Herrschenden wirkt hier kaum gebremst.

Von Gewerkschaftsseite wird seit dem Sommer, mal laut, mal leise, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gefordert. Einige Gewerkschaften unterstützen den Aufruf der

Memorandum–Gruppe, in der es zu Recht heißt: "Die leistungslosen Vermögenseinkommen sind in den 90er Jahren im Vergleich zu allen anderen Einkommensarten weitaus am schnellsten gestiegen. Nach Berechnungen des WSI nahmen sie (brutto, saldiert) von 125 Mrd. Euro 1991 auf 205 Mrd. Euro 2000, damit um 64% zu". Doch das reicht nicht, um dem Druck zur "Lohnzurückhaltung" im öffentlichen Dienst standzuhalten.

SCHRÖDERS OFFENSIVE

Auf die ungeliebte Debatte reagierte Kanzler Schröder mit einer neuen Offensive und versuchte dabei auch noch die Menschen für dumm zu verkaufen. Sein Vorhaben zur Abgeltungssteuer auf "Kapitalerträge" (marxistisch ausgedrückt: Profite auf Geldkapital) ist kein Instrument, um neue Ressourcen für den Staat locker zu machen, sondern nur ein weiterer Schritt zur "Entlastung" der KapitalbesitzerInnen. Angeblich könne man mit der geplanten Abgeltungssteuer 100 Mrd. Euro ins Land zurückholen, damit 25 Mrd. Euro Steuern einnehmen und mache so die Vermögenssteuer "überflüssig". Begründet wird dies mit

dem Beispiel Italien. Dort hat man in der Tat 60 Mrd. Euro "repatriiert" d.h. Schwarzgeld zurückgeholt und legalisiert. Für diese Gelder betrug der Steuersatz gerade mal 2,5%, was also eher einer symbolischen Steuer gleichkommt.

Wie schon das ver.di–Vorstandsmitglied Mönig–Raane zu Recht sagt: "Es ist frommer Abglaube, dass nun Reiche in Scharen ihre heute mit null Prozent versteuerten Vermögen freiwillig einer 25–Prozent–Steuer unterwerfen werden" (*Handelsblatt*, 17.12.02). Nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofes wird im Ausland deutsches Vermögen im Wert von 900 Mrd. Euro verwaltet. "Es gibt niemanden in Deutschland, der sagen kann, wie viel davon dem Privatvermögen zuzuordnen ist" und niemand könne sagen, wie viel davon zurückfließen werde, sagt BVR–Steuerexperte Tischbein" (*Handelsblatt*, 17.12.02). Somit werden all die Reichen, die Gelder im Inland angelegt haben, die damit erzielten Gewinne nicht mehr mit ihrem persönlichen Steuersatz von 48,5% plus Soli–Zuschlag versteuern müssen, sondern nur noch mit 25%, jedenfalls solange das Finanzamt nicht automatisch und ohne Einschränkung

BILLIGJOBS

Nach dem Willen der ganz großen Koalition im Bundestag sollen künftig für Billigjobs bis 400 Euro keine Sozialabgaben bezahlt werden. Damit verbilligt sich für eine größere Zahl von Beschäftigten die Bezahlung durch die Kapitalisten. Es werden dann nur noch 25% pauschal abgeführt (und zwar an die Bundesknappschaft). Davon gehen 10% (statt 19,5%) an die Rentenkasse, 10% (statt rund 14,5%) an die Krankenkasse (bzw. deren Ausgleichsfonds). Die Ausdehnung der Billigjobs (eine Steckenpferd der Grünen) bedeutet für Sozialkassen und Steuern einen Einnahmeverlust von 1 Milliarde Euro.

D.B.

über die jeweils abgeführte Quellensteuer informiert wird. Nach Berechnungen der Steuer"gewerkschaft" wird diese erneute kapitalistenfreundliche Maßnahme Schröders dem Staat weitere Einnahmeverluste von 1 bis 1,5 Mrd. Euro bescheren!

STEIGENDE STAATVERSCHULDUNG

Selbst das Funktionsorgan *direkt* der IG Metall schrieb am 13.12.02: "Seit die Körperschaftssteuer 2001 neu geregelt wurde, mussten die Finanzämter mehr Steuern an Firmen zurückzahlen als sie einnahmen, dieses Jahr bis August drei Milliarden Euro".

Diese Tendenz setzte schon in den 80er Jahren ein und beschleunigte sich in den 90ern. Sie hat eine drastisch ansteigende Staatsverschuldung und eine sinkende eigene Wirtschaftstätigkeit des Staates zur direkten Folge. Während z. B. die Nettoeinkommen aus Gewinn und Vermögen zwischen 1992 und 1998 von 533 Mrd. DM auf 809 Mrd. DM (+51,7%) stieg, stiegen im gleichen Zeitraum die Schulden allein des Bundes von 1.002 Mrd. auf 1.455 Mrd. DM (+45,2%). Anders betrachtet: In diesem Zeitraum stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 22,2%, die Ausgaben des Bundes aber nur um 6,5%. Der drastische Rückgang der Steuereinnahmen aus Gewinn und Vermögen (1992–98 = -20,6%) ist die Grundlage für die wachsende Staatsverschuldung. Den sollen die Lohnabhängigen durch geringere Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst und Kürzungen von staatlichen organisierten Unterstützungszahlungen ("Transferleistungen") bezahlen: geringere Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, zur Rentenkasse usw. Ausdruck dieser Entwicklung sind folgende Zahlen: Steuereinnahmen 2001: 476,3 Mrd. Euro, 2002: 471,5 Mrd. Euro. Die Sozialbeiträge hingegen sind im gleichen Zeitraum von 383,6 Mrd. Euro auf 393,0 Mrd. Euro gestiegen. Ergänzt wird dieses Bild von der sinkenden Lohnquote für die gesamte Wirtschaft: 1991 betrug die Lohnquote noch 72,4%, 1998 schon nur noch 69,4%.

DER "SCHLANKE" STAAT

Der Staat macht sich "schlank" und scheidet immer mehr als beschäftigungswirksamer Faktor aus. Schon zwischen 1992 und 1998 ist der Anteil der öffentlichen Investitionen von 12,7% auf 9,3% zurückgegangen. In dieser Zeit war das BIP um 22,2% gestiegen, die öffentlichen Investitionen nur um 2,2%. Sehr gravierend wirkt sich dies beim Zurückfahren der



Investitionen für den öffentlichen Verkehr (ÖPNV und Bahn) aus. Die Ausgaben sind auf dem Stand von 1999 eingefroren. Noch drastischer ist es im öffentlichen Wohnungsbau. Hier wurden im Jahr 2002 gerade mal 1,5 Mrd. Euro ausgegeben, gegenüber 1999 ein Rückgang um ein Drittel. Insgesamt sind in den letzten 10 Jahren die Sachinvestitionen des Staates von 52 Mrd. Euro auf 40 Mrd. Euro zurückgegangen. Ganz nebenbei ist der Rückgang öffentlicher Investitionen schließlich auch einer der Faktoren für die gestiegene Arbeitslosigkeit.

Strukturell wird sich also die Lage schon in wenigen Jahren noch verschlimmern. Trotz erster Bedenken in Bezug auf die zunehmende Verknappung öffentlicher Mittel und der daraus resultierenden sinkenden Handlungsmöglichkeiten des Staates ist keine Abkehr von der neoliberalen Angebotspolitik der Bundesregierung feststellbar. Clement ist vielmehr der Garant dafür, dass die "Verbesserung der

Ertragslage der Unternehmen" oberste Handlungsmaxime der Bundesregierung ist. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass unter Kohl und Schröder eifrig privatisiert wurde. So sind auf diese Weise allein von 1998 auf 2000 die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates von 26,8 Mrd. DM auf 14,2 Mrd. gesunken. Die Differenz fließt jetzt in die Taschen der KapitalistInnen, die sich diese Teile des Volksvermögens billig unter den Nagel gerissen haben.

Die VermögensmillionärInnen wurden 1995, als es noch die Vermögenssteuerstatistik gab, mit 155179 Personen beziffert, und zwar mit einem Gesamtvermögen von 563 Mrd. DM. Sie zahlten 3,6 Mrd. DM, was einem Steuersatz von sage und schreibe 0,63% entspricht. Bei einer (mittelfristig) durchschnittlichen Kapitalrendite von heute 10 bis 12 Prozent würde selbst die Wiedereinführung der Vermögenssteuer alten Stils die Profite nur marginal berühren. Bis 1997 hat die Vermögenssteuer insgesamt jährlich immerhin 9 Mrd. DM gebracht. Eine Modellrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergab, dass bei einem Freibetrag von 250 000 Euro und "einem Steuersatz von 1% der Staat 30 Mrd. DM (also rund 15 Mrd. Euro) einnehmen könnte" (Zirkular der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, Bremen Sept. 1999, S. 24).

In den letzten 5 Jahren wurden 2 Billionen DM vererbt. Die Erbschaftsteuer (Steuersatz bei 100 000 DM bis 500 000

JAMMERN AUF HOHEM NIVEAU

Die Einkommen der Selbständigen liegen bei 290% des Durchschnitts aller Privathaushalte (35000 Euro), die Quote stieg von 253% in 1993 kontinuierlich. Geschrumpft ist die Quote der ArbeiterInnen von 95% auf 90,5%, die der Arbeitslosen von 65,4 auf 58,5% und die der SozialhilfeempfängerInnen von 43,2 auf 40,4%, d.h. sie lagen und liegen unter der Armutsschwelle. Gleichgeblieben sind die Quoten der Beamten mit 140% und der RentnerInnen mit 67%.

B.S.

KÜRZUNGEN VON 4 MILLIARDEN

"Ungeachtet eines Milliardendefizits in diesem Jahr will BA-Chef Florian Gerster seinen Etat für 2003 ohne neue Bundeszuschüsse planen. 'Unser Ziel muss eine an den Einnahmen orientierte Ausgabenpolitik sein – und nicht umgekehrt', sagte er dem Handelsblatt" (*Handelsblatt* vom 4.10.02). Inzwischen hat die Bundesregierung sogar Kürzungen von 4 Milliarden eingeplant (*FAZ* 16.10.02). Allein über die Absenkung der Arbeitslosenhilfe will Eichel 2003 2,3 Mrd. Euro einsparen (2004 und 2005 dann 5,1 und 5 Mrd. Euro). Funktionieren soll dies z.B. über die verstärkte Anrechnung von Einkommen des/der Lebenspartners/-partnerin und die Verringerung des eigenen Freibetrags.

D.B.

DM: 7%) brachte aber 1998 gerade mal 4 Mrd. DM (weniger als die Branntweinsteuer). Vererben können selbstredend nur die Reichen. Das untere Drittel der Haushalte hat mehr Schulden als Vermögen, das obere Drittel besitzt 70% aller Vermögenswerte. "Würde der deutsche Fiskus hier eingreifen und Erben auf dem gleichen Niveau wie in den USA zur Kasse bitten, könnte er einen zweistelligen Milliardenbetrag einnehmen" (*Der Spiegel* 51/2002).

ZU HOHE STEUERN?

Das Netto-Geldvermögen der Produktionsunternehmen betrug 1980 1 397,9 Mrd. DM, 1998 aber schon 5 579,1 Mrd. DM, mithin ein Zuwachs um 304,5 % (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni '99). Wenn im gleichen Zeitraum die nicht entnommenen Gewinne um 659% gestiegen sind, die Nettoinvestitionen aber um 54%, dann ist in diesem Zeitraum das Netto-Geldvermögen gigantisch gewachsen.

Es liegt also nicht an den zu hohen Steuern, wenn nicht mehr investiert wird, sondern an den fehlenden (profitablen) Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft. 1991 wurden noch 73,8% der Erträge in Sachanlagen investiert. 1998 waren es schon nur noch 54,4% (Deutsche Bundesbank Monatsbericht Juni 1999, S. 25).

Eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern würde nur die Tendenz zur Geldkapitalanhäufung stärken. Mit mehr Arbeitsplätzen hat das rundweg gar nichts zu tun. Im Gegenteil: Die zu erwartende sinkende Kaufkraft, die u. a. mit dem Hartz-Konzept verbunden ist (Absenkung der Arbeitslosenhilfe usw.) wird die kaufkräftige Nachfrage senken und damit auch die Auftragslage in der Industrie, im Dienstleistungssektor usw.

WAS TUN?

Wenn die Gewerkschaften oder etwa die PDS von einer eingetretenen (manchmal sogar nur drohenden) "Schieflage" sprechen, meinen sie eine "nicht mehr tragbare" Verschiebung zugunsten der Reichen. Aber dass es überhaupt arm und reich gibt, wird bei ihnen nicht grundsätzlich kritisiert. Man vergleiche dazu etwa das Gewerkschaftsinfo 3-99 der PDS-Bundestagsfraktion (inzwischen sind die Stellungnahmen noch lauer geworden):

"Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schützt zwar das Eigentum, macht aber gleichzeitig in Artikel 14 zur Voraussetzung, dass seine Verwendung dem ‚Wohle der Allgemeinheit‘ dient.



Davon kann keine Rede mehr [!!] sein, seit sich die großen Gewinne und Vermögens-einkommen immer mehr aus der Finanzierung des Gemeinwesens zurückziehen". Hier wird ein angeblich sozialer "Rheinischer Kapitalismus" verklärt. Die Klassenfrage stellt sich mit diesem Ansatz nicht.

Wir sind der entgegengesetzten Meinung: Es liegt in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise, dass die Minderheit der Produktionsmittelbesitzer durch den Verwertungsprozess des Kapitals reicher wird, während die Masse der Lohnabhängigen stagniert oder verarmt, von den Folgen sozialer Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Gesellschaft ganz abgesehen. Selbst der offizielle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001 kommt zu dem unumstößlichen Schluss: "Die Ungleichheit der Einkommen ergibt sich aus dem Marktpro-

zess". In *avanti* vom Juli-August 2001 hieß es dazu: "Es ist nämlich genau die Tatsache, dass die einen über Produktivvermögen verfügen und deshalb ihr Vermögen ständig mehr machen können (mit Hilfe des eingesackten Mehrwerts), wogegen die anderen, die Lohnabhängigen, die Werte dieser Gesellschaft schaffen (und dafür eben nur den ‚Marktwert‘ ihrer Arbeitskraft als Lohn erhalten)".

Deswegen wollen wir auch nicht einfach nur umverteilen, wie die PDS – oder ab und zu auch mal die Gewerkschaftsbürokratie – es wollen. Es geht darum, dieses gesamte unmenschliche System aus den Angeln zu heben. Im Rahmen einer konsequenten klassenkämpferischen Politik kann eine klare Haltung zur Vermögenssteuer (contra Abgeltungssteuer) eine wichtige Rolle spielen. Sie kann helfen Klarheit zu schaffen. Aber:

Gegen die oben beschriebene systematische Politik zugunsten der Reichen und Superreichen hilft kein isolierter Aufschrei. Es muss ein umfassendes, glaubwürdiges, vor allem konsequent umgesetztes Aktionsprogramm seitens der Gewerkschaften zur Mobilisierung der KollegInnen entwickelt werden. Und es braucht einen wirklichen Kampf gegen Kabinett und Kapital. Gerade die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist eine gute Gelegenheit, um mit konkreten Beispielen die Forderung zu verbreiten: Enteignet die Reichen und Superreichen!


D. Berger

DENN WER DA HAT...

2001 sind die Nettolöhne (3,2%) wieder weniger gestiegen als die Nettogewinne und Vermögenseinkommen (5,6%). Und das bei der Konjunkturlaute! Die Steuerbelastung der Löhne und Gehälter lag im Durchschnitt bei 18,5%, die auf Gewinn- und Vermögenseinkommen bei 8% : Es steht schon in der Bibel: Denn der da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird genommen, was er hat (Math. 13,12). Quelle s. oben B.S.

die internationale
theorie

Eigentum verpflichtet -
zu nichts



Heft 13

DIE INTERNATIONALE - THEORIE HEFT NR. 13: HANS-JÜRGEN SCHULZ: EIGENTUM VERPFLICHTET - ZU NICHTS

ZU BESTELLEN ÜBER DIE
REDAKTIONSADRESSE GEGEN EINSENDUNG
VON BRIEFMARKEN IM WERT VON 3,50 EURO
(EINSCHL. PORTO UND VERPACKUNG).

Kämpfen gegen Hartz-Konzept

EINBERUFEN VON DEN DGB-REGIONEN FRANKFURT-RHEIN-MAIN, STARKENBURG UND OFFENBACH-WETTERAU, WIE AUCH VON DER ARBEITSLOSEN- UND SOZIALBERATUNG ALSO E.V., FAND AM 4. DEZEMBER IM ÜBERFÜLLTEN GRÖSSTEN SAAL DES DGB-HAUSES EINE DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZU DEN HARTZ-PLÄNEN MIT ÜBER 400 BESUCHERN STATT.

Auf dem Podium wurde Isolde Kunkel-Weber von ver.di und Mitglied der Hartz-Kommission mit Pfiffen begrüßt, während Horst Schmitthener (IGM) den grössten Beifall erhielt. Auch der Vorsitzende der DGB-Region Frankfurt, Harald Fiedler, erhielt Zustimmung.

Nur mit Ungeduld wurden die Ausführungen der Genannten sowie des Frankfurter Arbeitsamtdirektors Hans-Peter Griesheimer, des Betriebsratsvorsitzenden Bernd Heller und Rolf Kauls von der DHB Arbeitslosenberatung, die sich alle kritisch zu Hartz äußerten, angehört.

Die Anwesenden drängten darauf, ihre eigene Meinung zu den Hartz-Plänen zu äußern. Aus den vorgesehenen sieben Wortmeldungen wurden weit

mehr als die doppelte Zahl, wer einmal das Saalmikrophon in die Hand bekam, ließ es sich nicht so leicht aus den Händen nehmen. Das Podium, teilweise nicht so ungerne, ließ den Anklagen weitesten Raum.

ZU DEN FOLGEN

Zuerst behutsam wurden die verheerenden Folgen für die Arbeitslosen geschildert. Die Ersetzung der Arbeitslosenhilfe durch die Sozialfürsorge wurde als Raub an den erarbeiteten Mitteln bezeichnet. Die Summen, die durch Hartz an den Mitteln für die Arbeitslosen erspart werden sollen, wurden mit den Ausgaben für den Kosovo-Krieg (Zwischenruf: von Irak ganz zu schweigen) verglichen.

Dann aber wurde die Pest der Leiharbeitsfirmen auseinandergenommen, (weitere Zurückdrängung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit usw.). Eine Kollegin schilderte, wie sie in den letzten drei Jahren fünf solcher Aushilfsstellen als Rechtsanwaltsgehilfin durchgemacht

habe, eine schlimmer als die andere. Betriebsräte und KollegInnen berichteten von den aussichtslosen Perspektiven der jungen FacharbeiterInnen, die keine Familie gründen könnten, da sie nie zu einer Festanstellung gelangten. Opel spricht von 200 Leiharbeitern, die es einstellen

kämen beschwichtigende Stimmen aus den Gewerkschaftsführungen, und erst jetzt, nachdem schon ein Teil der Hartzpläne mit ihren für die Beschäftigten katastrophalen Folgen Gesetz geworden seien, werde so etwas wie Widerspruch laut.

Die Temperatur im Saale stieg: Ob sie die Gewerkschaftsbücher nicht nur einzeln, wie schon jetzt häufig, zurückbekommen wollen, oder ob sie sie in Körben einsammeln wollten? Gleichzeitig aber wurde klar gesagt, dass eine solche Schwächung den Widerstand seitens der einzigen, die etwas derartiges leisten könnten, unmöglich machen würde.

Die Transparente an den Wänden wie: "Warum Generalstreik nur in Spanien und Italien?" brachten zu der drängenden Frage, wie man mit dem Widerstand heute beginnen könnte. Der Vorschlag – wohl aus den Reihen einer Metaller-Arbeitslosen-Initiative kommend – sofort anschließend an die Versammlung zusammen einen Demonstrationszug vom Gewerkschaftshaus zur Hauptwache zu machen, fand großen Beifall. Es formierten sich, wie der Journalist der Frankfurt Rundschau berichtete, am Ende der Veranstaltung rund 200 Leute. An der Spitze das Transparent vom Generalstreik, sowie zwei Fahnen der IG Metall, mit Sprechchören: "Schröder und Hartz greifen uns an – weg mit Hartz und Leiharbeit", zogen wir durch das nächtliche Frankfurt. Auf der Hauptwache fand noch eine kurze Versammlung vor der Katharinenkirche statt – dem bevorzugten Platz der Antikriegsdemonstrationen. Mit dem Gefühl, man müsse und könne weiterkämpfen, ging man auseinander.

R.Segall



will, während gleichzeitig von über 2.000 zu entlassenden Beschäftigten die Rede ist.

Ein Transparent an der Wand: "Vom Facharbeiter bei MAN ROLAND zum Leiharbeiter bei Hartz. Keine Entlassungen. Nein zu Hartz." Mit Gelächter wurden die Ankündigung von Kunkel-Weber, Jobcenter zu gründen (für die kein Gesetz vorgesehen ist), quittiert.

Wie sei es möglich, dass derart eingreifende Maßnahmen nicht demokratisch in der Mitgliedschaft, von den Betroffenen, diskutiert würden, sondern über ihre Köpfe hinweg von den Leitungen beschlossen würden.

WIDERSTAND DER GEWERKSCHAFTEN?

Die Redner fragten die auf dem Podium sitzenden Gewerkschaftsfunktionäre, wie es dazu kommen konnte, dass Gewerkschaften an den Hartzplänen mitarbeiten, ja teilweise zustimmen konnten. Warum findet erst heute, und nicht schon viel früher, diese Diskussion statt? Immer noch

Der Untergang des Tankers "Prestige" – und des Prestiges der spanischen Regierung

Der spanische Staat steht vor einer Folge von Wahlen. Im Mai 2003 finden Kommunalwahlen und Wahlen zu den Regionalparlamenten statt. Ein Jahr später sind dann allgemeine Parlamentswahlen. In ihrem gegenwärtigen Wahlkampf hat die regierende Volkspartei (*Partido Popular, PP*) die Plakatwände mit ebenso großen wie demagogischen Plakaten zugesperrt, die von einem Spruch beherrscht sind: "Weniger Steuern. Mehr Sicherheit."

Mit der durch den Untergang der "Prestige" ausgelösten Krise verschwanden diese Plakate sehr plötzlich. Weniger Steuern und damit weniger Interventionsmöglichkeiten für den Staat, das ist die Politik der PP, aber ganz offensichtlich auf Kosten der Sicherheit in allen für die Bevölkerung wesentlichen Bereichen.

VERDRÄNGUNG

Der Untergang der "Prestige" ist eine enorme ökologische, soziale und ökonomische Katastrophe, deren langfristige Konsequenzen derzeit nicht abgeschätzt werden können. Die letztendlichen Ursachen dieses Unglücks sind nicht isoliert von dem herrschenden Modell der Globalisierung zu betrachten (Billigflaggen, exzessive Handelsaktivitäten), und die weitere Entwicklung müsste eigentlich zu einer grundlegenden Neubewertung der neoliberalen Politik führen, die die Politik aller Staaten dominiert und die die PP-Regierung seit 1996 mit besonderem Dogmatismus verfolgt.

Seit dem Ausbruch der Krise versucht die spanische Regierung, Nebel zu werfen, wegzusehen oder sich schlicht zu drücken. Dieses feige Verhalten kennzeichnete ihre gesamte Aktivität in den bisherigen Phasen und schlug sich nieder im Herunterspielen des Ausmaßes der Tragödie, in einer gefährlichen Desinformation und einer nicht hinnehmbaren Manipulation der öffentlichen Meinung. Vom ersten Moment an verfolgte man ein einziges Ziel: die "Prestige" verschwinden zu lassen, das Problem sozusagen zu beerdigen und zwar so weit wie möglich von der Küste entfernt, in einer Wassertiefe von mehr als 3500 m – und damit als Bedrohung der gesamten westeuropäischen Küstenlinie.

Die grundsätzliche Lehre, die die Linke aus dieser Krise ziehen sollte, ist, den Neoliberalismus anzugreifen, indem eine



weitere seiner verheerenden Folgen öffentlich gemacht wird. Dabei sollte hervorgehoben werden, dass es sich um die Folgen eines absurden sozialen Modells handelt, in dem die Natur, die Gesellschaft und die Individuen allen möglichen Risiken ausgesetzt werden, obwohl die materiellen Mittel da wären, diese zu vermeiden. An all die Verteidiger des Privatunternehmens und der Zurückdrängung des Staates, an alle, die an den Markt als die oberste Instanz der Regelung sozialer Beziehungen glauben, ist in dieser drama-



tischen Situation die Frage zu stellen: Was ist die Antwort der neoliberalen Ideologie auf die durch den Untergang der "Prestige" ausgelöste Krise?

Es ist schlechterdings unmöglich, dass Situationen dieses Ausmaßes und dieser Dramatik mit den Mitteln des Privatunternehmens begegnet werden kann, ebenso, wie es unmöglich ist, Privatunternehmen zu finden, die auch nur annähernd die Kapazität besitzen, mit derartigen Katastrophen, seien es nun hausgemachte oder Naturereignisse, fertigzuwerden.

POLITIK DER STEUERSENKUNG

Ein anderer Aspekt, der anlässlich der aktuellen Krise und ihrer Beziehung zum neoliberalen Politikmodell beleuchtet werden muss, ist die falsche Politik der Steuerensenkungen, die schleichend die Kapazität des Staates unterhöhlt, mit den notwendigen Mitteln auf vorhersehbare Risiken reagieren zu können. Für die politische Rechte hat sich die Politik der Steuerensenkungen in eine Art magisches ökonomisches Universalrezept verwandelt – ohne dass, beklagenswerterweise, die Linke dem ausreichend Kampfkraft entgegen-

setzt. Die „offizielle Linke“ ist teilweise selbst in diese Politik verstrickt, und was dies nicht der Fall ist, ist sie mitgerissen von dem Strudel neoliberaler Ideologie



und von dem demagogischen Kampf um die Wählerstimmen schlecht informierter und verwirrter Bürger.

Die Steuersenkungen sind der erste Schritt zur nachfolgenden Absenkung öffentlicher Ausgaben, die zunächst auf Bereiche konzentriert werden, in denen wenig gesellschaftlicher Widerstand zu erwarten ist – und das könnten gerade die Ausgaben sein, die zur Abwehr von Situationen des kollektiven Notstands vorgesehen sind. Man hatte nicht ein einziges spanisches Spezialschiff zur Ölabsaugung im Dienst, obwohl Spanien eines der europäischen Länder mit der längsten Küstenlinie ist und die "Prestige" in einer Zone havarierte, die mit Recht auch "Todesküste" heißt.

SCHLANKER STAAT

Man muss wissen, dass im Spanischen Staat der Anteil öffentlicher Ausgaben am Bruttosozialprodukt immer geringer war als der europäische Durchschnitt und dass die PP-Regierung ihn weiter empfindlich reduziert hat, indem sie einer in zweierlei Hinsicht widersinnigen Politik folgte: Auf der einen Seite unter allen Umständen den europäischen Stabilitätspakt zu erfüllen, was heißt, das Staatsdefizit zu reduzieren, auf der anderen gleichzeitig fiskalische Reformen durchzuführen, die, abgesehen von ihrem Konjunkturfekt, die Staatsfinanzen zusätzlich schwächen. Die PSOE (sozial-dem. Partei, d.Ü.) ist auf das Spiel eingegangen und hat gefordert, als Obergrenze der öffentlichen Ausgaben 40% des BSP festzulegen, eine Marge, die die PP bereits erreicht hatte.

Dieser historisch zu nennende Abbau der Staatsausgaben und seine Folgen haben zu schweren Verwerfungen in der Infrastruktur und bei den sozialen Diensten geführt. Das sollte der Moment sein, um gemeinsam erneut eine Reihe von

Fragen aufs Tapet zu bringen, die in letzter Zeit von der neoliberalen Demagogie zugedeckt wurden. Die Havarie der "Prestige", deren Folgen nicht absehbar sind, aber die in jedem Fall langandauernd und dramatisch sein werden, liefert dafür eine außergewöhnlich passende Gelegenheit.

MOBILISIERUNGEN

Die Mobilisierungen, die von Beginn der Krise an stattfanden (200 000 Menschen demonstrierten in Galizien) und die als Inhalt die Ablehnung der Regierungspolitik und die Forderung nach Rücktritt von Aznar (Regierungschef) hatten, können nicht an dem Punkt des bloßen Protestes stehen bleiben. Man muss ihnen eine inhaltliche Basis geben: Gegen diese aus der Ideologie des Neoliberalismus entstehende, irrwitzige Welt gilt es zu kämpfen, damit das "Nie wieder", das in diesen Tagen die Bevölkerung Galiziens verzweifelt beschwört, möglich wird.

Die "Prestige" hat mit ihrem Untergang das Prestige der Regierung beschädigt und das kann erhebliche Auswirkungen auf die Wahlen haben. Mit dem Untergang der "Prestige" könnte auch der Untergang der PP eingeläutet sein. Ohne Zweifel wird aber ein Regierungswechsel bei den Wahlen als Folge der Inkompetenz Aznars und seiner Minister keine große politische Erschütterung bedeuten, wenn er nicht von einer genauen und sorgfältigen Analyse über die Gründe, die zu der Schiffstragödie geführt haben, begleitet wird, mit dem Ziel, einen Politikwechsel einzuleiten und, vor allem, den Neoliberalismus zurückzudrängen.

*Pedro Montes, Vereinigten Linken
Übersetzung: Klaus Engert*

DER REALE KAPITALISMUS

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **KPMG** will bei den WirtschaftsprüferInnen und im prüfungsnahen Geschäft 700 Stellen streichen. Auch bei der ehemaligen Beratungssparte KPMG Consulting werden voraussichtlich 700 Stellen in Deutschland, Österreich und der Schweiz abgebaut. (FTD 12.12.02).

Der Elektro- und Technologiekonzern **ABB** will binnen 3 Jahren seine Belegschaft vor allem durch Verkäufe der Petrochemiesparte und der Gebäudetechnik um über 46.000 Personen reduzieren. (FTD 20.11.02).

Japans dominierender Telekommunikationskonzern **NTT** hat in den vergangenen Monaten etwa 100.000 Beschäftigte in Tochterunternehmen verschoben, wo sie die gleiche Arbeit machen aber weniger verdienen. Der Konzern weist für die letzten sechs Monate einen operativen Gewinn von 823 Mrd. Yen (6,7 Mrd. €) aus. (FTD 19.11.02).

Der weltgrößte Flugzeugbauer **Boeing** wird im kommenden Jahr weitere 5.000 Stellen im Zivilflugzeugbau streichen. Seit Ende 2001 hat er bereits fast 30.000 Arbeitsplätze vernichtet. (FTD 22.11.02).

Der schwedische Autobauer **Saab**, eine General Motors Tochter, hat ein massives Sparprogramm angekündigt. Unter dem Namen „Viggen“ (Donnerschlag) sollen 1.300 der 6.600 Arbeitsplätze wegfallen, die meisten am Hauptstandort Trollhättan. (FTD 28.11.02).

Der französische Chipkartenhersteller **Gemplus** will 1.000 seiner weltweit 6.500 Mitarbeiter abbauen. Am stärksten betroffen ist Frankreich mit 483 Arbeitsplätzen. (FTD 10.12.02).

Konrad Reich

Kein Sieg im Phantomkrieg

Die al-Qaida-Führer sind frei, die Zahl der Anschläge ist gestiegen – das ist die Bilanz des “Krieges gegen den Terror”. Denn nicht Repression und Militär, sondern nur der Kampf um gesellschaftliche Emanzipation kann den reaktionären Terror beenden.

Der Bericht, den Michael Chandler im Namen einer UN-Expertengruppe Mitte Dezember präsentierte, stellt den selbsternannten Kriegern gegen den Terror kein gutes Zeugnis aus. Zwar seien einige Strukturen des al-Qaida-Netzwerks geschwächt worden, doch “Anhänger schließen sich weiterhin seinen Reihen an und es entwickelt weiterhin Allianzen mit nationalen oder regionalen extremistischen Gruppen”. In Afghanistan, so Chandler, seien sogar neue Trainingslager entstanden. “Ich weiß nichts von reaktivierten al-Qaida-Lagern”, kommentierte ein Sprecher der US-Armee. In der gleichen Woche gab es allein in Kabul zwei Anschläge auf ausländische Soldaten.

Mehr als ein Jahr nach Beginn des “Krieges gegen den Terror” sind die wichtigsten Führer von al-Qaida noch auf freiem Fuß, die Zahl der Anschläge des Netzwerks und verbündeter Gruppen hat sich dramatisch erhöht. Die gewaltige westliche Militärmaschinerie läuft ins Leere, ihr Feind bleibt ungreifbar. Denn sehr geschickt nutzt al-Qaida die beiden modernsten Phänomene des Kapitalismus, die Warlordisierung und die sogenannte Globalisierung, aber auch die Widersprüche der westlichen Politik. Der Zerfall staatlicher Macht bietet die Möglichkeit, Rückzugsgebiete und Ausbildungslager zu errichten. Die Globalisierung ermöglicht den schnellen Transfer von Geld, Ideologien, Informationen und Attentätern von Kontinent zu Kontinent. Repressive Maßnahmen erwiesen sich bislang als wenig erfolgreich.

TERROR DER OLIGARCHIE

Auf das Phänomen der Warlordisierung, eine Folge der Perspektivlosigkeit verelendeter Bürgerkriegsgesellschaften, weiß die westliche Politik keine Antwort. Erst seitdem die Anschläge auf westliche Soldaten und die Gefechte rivalisierender Warlords zunahmen, begann man zögerlich mit den Vorbereitungen, Afghanistan militärisch unter Kontrolle zu bringen – ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang. An die al-Qaida-Rückzugsgebiete im benachbarten Pakistan wagt man

sich nicht heran, denn entschiedene Militäraktionen würden das pakistanische Regime destabilisieren und könnten zu einem Bürgerkrieg mit den Islamisten führen.



Die Geldquellen von al-Qaida versiegen zu lassen, scheitert nicht nur am Bankgeheimnis und anderen Tabus des Kapitalismus, sondern auch an der westlichen Bündnispolitik. Denn die wichtigsten Sponsoren des Netzwerks sind Oligarchen aus Saudi-Arabien und anderen Golfmonarchien, die wie Pakistan mit den USA verbündet sind.

Dies ist allerdings auch der Grund, warum die von manchen Kreisen der Linken empfohlene “weiche Linie”, durch eine Erhöhung der Entwicklungshilfe und mehr soziale Gerechtigkeit dem Terrorismus den Boden zu entziehen, ebenso ins Leere laufen würde. Denn nicht die wachsende Verelendung, sondern der wachsende Reichtum mancher Staaten der “Dritten Welt” ist die Grundlage des al-Qaida-Terrors.

Die Mitglieder stammen aus der Oligarchie und den oberen Mittelschichten. Ihr Ziel ist nicht mehr soziale Gerechtigkeit, sondern ein eigenes Imperium, regiert nach den Regeln der Sharia. Wenn China und Indien nach dem Status von Weltmächten streben, warum sollte dann ein Staat wie Saudi-Arabien, der mehr als eine Billion Dollar für Auslandsinvestitionen erübrigen kann, nicht auch ehrgeizige Ziele verfolgen? Al-Qaida will die Petro-

dollars der Golfmonarchien, die Atombomben Pakistans und die Menschenmassen der armen islamischen Staaten in einer Weltmacht zusammenschließen.

In al-Qaida vereinigten sich die reaktionärsten Strömungen des Islamismus. Der klassische Islamismus strebte eine religiös legitimierte Entwicklungsdiktatur an. Sein Gesellschaftsmodell verkündet nicht allein die Notwendigkeit eines strengen Patriarchats und eingeschränkter Rechte für Nichtmuslime, sondern auch ein organisches Gesellschaftsmodell, das jede Form von sozialer Interessenvertretung zur Sünde gegen ein gottgegebenes System stempelt.

Kolonialismus und Imperialismus waren aus islamistischer Sicht nicht vor allem Systeme politischer Dominanz und ökonomischer Ausbeutung, sondern Faktoren gesellschaftlicher Zersetzung. Von Anfang an übernahm die Bewegung die Stereotypen des europäischen Antisemitismus und verband sie mit einer antijüdischen Auslegung der islamischen Überlieferung. Der Sozialismus, aber auch die emanzipatorischen Elemente des Kapitalismus, die tendenzielle Befreiung von den Schranken der traditioneller Hierarchien, wurden als jüdischer Kampf gegen den Islam interpretiert.

JIHAD ALS INDIVIDUELLE PFLICHT

In den siebziger Jahren spaltete sich eine extremistische Fraktion von der Hauptströmung des Islamismus ab. Damals entwickelte die ägyptische Jihad-Organisation (JO) in der islamischen Theologie zuvor unbekannte Vorstellungen: Der Jihad, den sie als “heiligen Krieg” verstanden, sei eine individuelle Verpflichtung für jeden Muslim, und nicht-muslimische Zivilisten dürfen getötet werden, wenn sie sich in irgendeiner Weise, und sei es allein durch die Zahlung von Steuern, “gegen den Islam” engagieren. 1981 wollte die JO durch eine exemplarische Gewalttat, das Attentat auf Präsident Sadat, einen Aufstand auslösen.

Diese Eskalationsstrategie und die JO-Ideologie wurden zur Grundlage der al-Qaida-Politik, vertreten vom ehemaligen

JO-Führungsmittglied Ayman al-Zawahiri, der der eigentliche Führer von al-Qaida sein dürfte. Der saudische Multimillionär Ussama bin Laden, Sohn einer der reichsten Familien des Landes mit engen Verbindungen zum Königshaus, brachte die extrem intolerante puritanische Staatsideologie, den Wahhabismus, in das islamistische Bündnis ein,

Während der klassische Islamismus die Notwendigkeit einer sozialen Umverteilung erkannt hat, weil jede Entwicklungspolitik ohne Bildung und Brot für die Armen und ohne Zugriff auf die Ressourcen der Oligarchie unmöglich ist, setzt al-Qaida auf exemplarische Gewalt. Das Beispiel des "Märtyrers" und die bewusst provozierte Repression und Militärgewalt sollen die zögernden Muslime dazu zwingen, Partei zu ergreifen. Zugleich sollen sie in den betroffenen Staaten Angst erzeugen und die Öffentlichkeit gegen Militärinterventionen in der islamischen Welt einnehmen.

Der 11. September und die folgenden Attentate halten sich an dieses Muster. Sie propagieren aber auch eine ideologische Botschaft, denn fast alle richten sich gegen Symbole "jüdischer Zersetzung" und "westlicher Dekadenz": Gegen das World Trade Center, wo Menschen unterschiedlicher Religion aus 82 Staaten arbeiteten und das den Islamisten als Zentrum des "jüdischen Finanzkapitals" galt, gegen Nachtclubs in Bali als Zentren "unislamischer" Vergnügungen", oder schlicht gegen eine Synagoge im tunesischen Djerba.

SOZIALE BEFREIUNG GEGEN TERROR UND KRIEG

Ihre reaktionäre Ideologie, ihr Antisemitismus und ihre Angriffe auf die internationale Arbeiterklasse machen al-Qaida zum Todfeind der Linken und jeder emanzipatorischen Bewegung. Wie bei anderen rechtsextremen Bewegungen ist eine Verfolgung ihrer Verbrechen nach den Regeln des bürgerlichen Rechtsstaats legitim und notwendig. Doch der "Krieg gegen den Terror" hat nicht nur mindestens 5000 afghanische ZivilistInnen das

Leben gekostet und zu einer beispiellosen Einschränkung demokratischer Rechte geführt, sondern sich auch als gänzlich ineffektiv erwiesen.

"Das Taliban- und al-Qaida-Phänomen", so eine Erklärung der Revolutionären Vereinigung der Frauen Afghanistans (RAWA) zum Jahrestag des 11. September, "hätte nur durch einen Aufstand der Bevölkerung, durch die Stärkung und Machtübernahme säkular-demokrati-



scher Kräfte enturzelt werden können." Die westlichen Staaten aber kungeln lieber mit den islamistischen Warlords. Sie fürchten jede unkontrollierbare Mobilisierung, obwohl die Opposition in islamischen Ländern heute zumeist "westlichen" Ideologien folgt. Auch die StudentInnen, die im Iran für Demokratie und Säkularismus auf die Straße gehen, finden wenig Unterstützung.

Hinter den "bürgerlichen" Forderungen steht die Sehnsucht nach einem besseren Leben, nach einem Ende der Unterdrückung durch den Staat, aber auch durch Väter und Ehemänner. Deshalb sind Rawa und iranische StudentInnenbewegung radikaler als die nationalistische und stalinistische Linke der Vergangenheit, die "private" Unterdrückung ignorierte und Unterordnung und Verzicht im Namen der Staatsziele forderte. Ihre Politik führte meist zu Bündnissen mit reaktionären Kräften, einer Identifikation kapitalistischer Ausbeutung allein mit den USA, nicht selten auch zu antisemitischem Resentiment. Bewegungen, die für gesellschaftliche Emanzipation kämpfen, werden spätestens nach den ersten Siegen über Warlords und Diktatoren gezwungen sein, auch die soziale Frage aufzugreifen. Nur sie werden die Befreiung der islamischen Welt erkämpfen können.

Harry Tuttle

VOR DEM IRAK-KRIEG

Wir wissen nicht, wann die USA offiziell den Irak angreifen werden. Im Februar? Auf Luftangriffe werden Bodentruppen folgen. Im Norden (Türkei), Westen (Jordanien/Saudi-Arabien) und Süden (Kuwait) marschieren US-Truppen auf. Türkische und südkurdische, jordanische und saudische, kuwaitische und schiitische Verbände könnten sie unterstützen. Selbst ein militärisch hochgerüsteter Irak wäre gegen einen Angriff aus drei Richtungen chancenlos. Wird Saddam Hussein vorher von der irakischen herrschenden Klasse weggeputscht? Oder gelingt es seiner *Arabisch-Sozialistischen Baath-Partei* die breiten Massen gegen die USA zu mobilisieren, um anhaltenden militärischen Widerstand in Stadt und Land zu leisten?

Die USA wollen ein Satellitenregime im Irak zur Kontrolle der Ölquellen einsetzen – das will die EU verhindern. Der türkische Staat zielt auf die Ölquellen um Kirkuk – dorthin wollen auch Barsani und Talabani das autonome kurdische Gebiet ausdehnen. Schiitische Islamisten im Süden haben ebenfalls eigene Ziele. Bricht das Regime Saddams zusammen, werden die Widersprüche zwischen den heutigen „Verbündeten“ aufbrechen.

Bei einem US-Angriff wird die Antikriegsbewegung weltweit in Aktion treten – gegen die imperialistischen USA auf Seiten der Halbkolonie Irak. Gleichzeitig gilt es gegenüber dem mörderischen Regime Saddams Husseins, die Rechte der irakischen Lohnabhängigen, armen BäuerInnen, der städtischen Armut und der nationalen Minderheiten zu verteidigen. Doch vergessen wir nicht: der Hauptfeind steht im eigenen Land. Die BRD ist logistische Drehscheibe für den US-Angriff. Außenminister Fischer schließt die Zustimmung im UN-Sicherheitsrat zum Angriff auf den Irak nicht mehr aus. Diese Pro-Kriegshaltung der Bundesregierung muss im Mittelpunkt der Kritik stehen.

B.B.

Weibliche Genitalverstümmelung - eine extreme Form von Gewalt gegen Frauen

Nach Angaben von *Terre des Femmes* sind global über 150 Millionen Frauen und Mädchen an ihren Genitalien verstümmelt. Sie leben in Afrika, Asien, auf der arabischen Halbinsel – aber auch in Deutschland oder Frankreich. Täglich kommen weltweit 6.000 Mädchen (d.h. alle 15 Sek. eines) hinzu, deren Leben mit dem Eingriff riskiert wird.

Bei der Genitalverstümmelung werden die äußeren weiblichen Genitalien teilweise bzw. vollständig entfernt. Manchmal wird die Wunde zusätzlich auf eine winzige Öffnung vernäht. Das Alter, in dem die weibliche Genitalverstümmelung durchgeführt wird, liegt zwischen 4-8 Jahren. Sie wird sogar in der Hochzeitsnacht, während der Schwangerschaft oder nach der Geburt praktiziert.

GENITALVERSTÜMMELUNG IM ALTERTUM...

Die Ursprünge der weiblichen Genitalverstümmelung liegen im Dunkeln. Wahrscheinlich löste die Beschneidung die Praxis von Menschenopfern ab. Später wurde sie im Zusammenhang mit Jungfräulichkeit und Keuschheit betrieben. Die frühesten Quellen aus der Zeit um 2340-2180 v.u.Z. weisen auf Ägypten und den heutigen Nahen Osten als wahrscheinliches Ursprungsgebiet. Von dort aus verbreitete sich die weibliche Beschneidung zu arabischen Stämmen und in den östlichen Sudan. Im alten Ägypten war die Klitorisbeschneidung vorwiegend auf Frauen und Mädchen besonders reicher Familien beschränkt. Im römischen Reich wurden Sklavenmädchen durch „Infibulation“¹ verstümmelt. Damit sollte eine für die Arbeit hinderliche Schwangerschaft unterbunden und ein besserer Preis auf dem Sklavenmarkt erzielt werden. Beide Methoden dienten der Kontrolle der weiblichen Sexualität durch die Männer.

...UND IM „AUFGEKLÄRTEN“ EUROPA

Im 19. Jahrhundert wurde in Europa das Zusammenklammern der Scheide von Ärzten als medizinische Behandlung durchgeführt. Als angebliches Mittel gegen „besonders Frauen betreffende Beschwerden“ wie Hysterie und Selbstbefriedigung, war die Genitalverstümmelung auf Frauen der Aristokratie und des Geldadels beschränkt. Das zunehmende Bewusstsein der Frauen über ihren Körper und ihre Sexualität wie die medizinischen

Beweise für die körperlichen und seelischen Schäden durch die Verstümmelung, ließen diese Praktiken allmählich absterben.

Die Amputation der Klitoris wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts von Eng-



land nach Amerika eingeführt. In den Vereinigten Staaten führten Ärzte bis 1880 nicht nur Klitorisbeschneidungen durch, sondern entfernten häufig auch die Eierstöcke. Bis etwa 1905 wurden Frauen die Schamlippen zugenäht, „um Selbstbefriedigung zu verhindern“. In psychiatrischen Krankenhäusern wurde bis 1935 von Ärzten die Klitoris entfernt, um sog. „lesbische Praktiken“, die angeblich zu Epilepsie, Hysterie, Melancholie und Kleptomanie führten, zu behandeln. Noch im letzten Jahrhundert glaubten einige Ärzte und Psychologen wie Sigmund Freud, dass die Klitoris einen gefährlichen Teil der weiblichen Anatomie darstelle. Er ging davon aus, dass die Beschneidung der Klitoris eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der Weiblichkeit sei.

INSTRUMENT DES PATRIARCHATS

Vielen Vorurteilen zum Trotz wird die weibliche Genitalverstümmelung nicht al-

lein in islamischen Ländern, sondern in allen Religionen einschließlich christlichen angewandt. Die Römisch-Katholische Kirche hat sie nie offiziell verurteilt. In Saudi-Arabien, Irak, Iran, Libyen und Marokko wird sie nicht praktiziert.

Die weibliche Genitalverstümmelung hat ihre Wurzeln in der Diskriminierung der Frauen. Sie ist ein Mittel, Mädchen innerhalb der Familie und damit der patriarchalen Gesellschaft zu pressen. Sie ist Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung der Frauen durch patriarchale Strukturen und der vorherrschenden männlichen Definition sexueller Erziehung. Männer wollen durch Genitalverstümmelung die Fruchtbarkeit von Frauen kontrollieren und sie „ruhiger“ und „fügbarer“ machen. Die weibliche Genitalverstümmelung ist eng verbunden mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung von Frauen, aber nicht notwendig mit dem kapitalistischen System. Sie ist auch ein Beleg dafür, dass das Patriarchat älter als der Kapitalismus ist.

LEBENSLANGE SCHÄDIGUNG

Die Verstümmelung führt bei den betroffenen Mädchen und Frauen zu irreparablen Schäden an Körper und Psyche, unter denen die meisten ein Leben lang leiden. Weibliche Genitalverstümmelung wird meist ohne Betäubung von Laien wie älteren Frauen, traditionellen Hebammen, Heilerinnen, Barbierinnen und Geburtshelferinnen, aber auch von ÄrztInnen durchgeführt. Es ist ein Ritual, das zur Kontrolle der Frau dient, aber es sind meist Frauen, die es durchführen und aufrechterhalten. Frauen, die sich oder ihre Töchter der Verstümmelung entziehen wollen, müssen mit massiver Diskriminierung bis

hin zur Entziehung der Existenzgrundlage rechnen.

Nach Schätzungen stirbt jedes vierte verstümmelte Mädchen sofort an den Folgen, vor allem bei der Infibulation. Betroffene Frauen berichten immer wieder von ihren Erlebnissen bei der Verstümmelung. Der Eingriff erfolgt meistens ohne Betäubungsmittel und ist allein schon ein traumatisches Erlebnis. Aber das Verbot, Schmerzen laut zu äußern, verstärkt das Trauma. Die Frauen sind völlig auf sich selbst gestellt und müssen das Geschehene alleine verarbeiten. Körperliche und psychische Belastung können so groß sein, dass die Betroffenen das gesamte Ereignis nicht nur verdrängen, sondern abspalten. Hier ergeben sich Parallelen zu Vergewaltigungs- und Folteropfern, die ähnlich traumatisiert wurden.

IN DER BRD

Seit 1993 ist weibliche Genitalverstümmelung international als Gewalt gegen Frauen und als Menschenrechtsverletzung geächtet. In industrialisierten Ländern kommt sie hauptsächlich bei EinwandererInnen aus einigen arabischen und afrikanischen Ländern vor, in denen sie bis heute praktiziert wird. Bekannt wurden Fälle in Schweden, Großbritannien und den USA. Über ihre Häufigkeit in Industrieländern gibt es nur Schätzungen.

In Deutschland ist die Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen nach § 223 ff. des Strafgesetzbuches strafbar. Die Beteiligung an der Verstümmelung weiblicher Genitalien kann als Körperverletzung geahndet werden. Nach Erkenntnissen von *Terre des Femmes* leben allein in Deutschland etwa 21 000 von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Frauen und etwa 5 500 Mädchen. Hinzu kommen etwa 7 400 in Deutschland lebende Mädchen afrikanischer EinwandererInnen, die potentiell gefährdet sind, in ihren Herkunftsländern sexuell verstümmelt zu werden. In vielen Fällen werden die Mädchen zum Zweck einer Verstümmelung in den Ferien in ihre Heimatländer gebracht (UNICEF 1997).

Seit Jahren erhalten verschiedene Organisationen immer wieder Hinweise auf Fälle von Genitalverstümmelung. Bisher ist es in Deutschland noch zu keinem Strafverfahren gekommen. Doch gibt es

hierzulande Ärzte, die den Eingriff an Mädchen vornehmen. Im März `99 bekannten mehrere Ärzte in Berlin vor versteckter Kamera, dass sie Mädchen "operieren".

OFFIZIELL KEIN FLUCHTGRUND

Für die Anerkennung in einem Asylverfahren muss in Deutschland eine staatliche Verfolgung durch das Herkunftsland nachgewiesen werden. Da die weibliche Genitalverstümmelung in vielen dieser Länder verboten ist – aber praktiziert wird



– könnte sie höchstens als „mittelbare staatliche Verfolgung“ ausgelegt werden d.h. als unterlassene Hilfeleistung von staatlicher Seite im Fall der Verstümmelung.

In der BRD können je nach Bundesland Asylverfahren bei weiblicher Genitalverstümmelung als geschlechtsspezifische Verfolgung unterschiedlich ausgehen.

Frauen haben in der Regel weniger Geld als Männer, um eine Flucht nach Europa anzutreten. Wenn sie es trotz dieser erschwerten Umstände nach Deutschland geschafft haben, stehen sie hier vor dem Asylverfahren als einem neuen frauenspezifischen Hindernis. Das Verfahren des Antrags auf Asyl ist für viele Frauen schwer überwindbar, da laut § 8.2 Asyl-Verfahrensgesetz die Gründe der Flucht schnellstmöglich mündlich vorgetragen werden müssen: „Der Ausländer muss persönlich bei der Ausländerbehörde erscheinen, sich selbst über die Tatsachen erklären, die seine Flucht vor politische Verfolgung begründen, und die erforderlichen Angaben machen...“. Die Entscheidungen bei der Anhörung werden zu 70% von Männern gefällt. Der Anteil von Männern bei den DolmetscherInnen liegt sogar bei 80%. Die „Asylbewerberin“ soll also vor fremden Männern über ein Thema sprechen, das für sie ein gesellschaftliches Tabu ist. Wird der Fluchtgrund aber nicht direkt von ihr vorgetragen, wird er auch nicht bei der Entscheidung berücksichtigt. Würde der

§16 Grundgesetz auf Frauen erweitert, die aufgrund ihres Geschlechts verfolgt werden, wären sie weniger einer männerdominierten Behörde ausgeliefert, die allzu oft frauenspezifische Fluchtgründe als nicht glaubhaft zurückweist.

AUTONOME GEGENWEHR

Der Kampf gegen Genitalverstümmelung steht erst am Anfang. Allerdings versuchen immer mehr junge Mädchen zu flüchten, um ihrer Verstümmelung zu entgehen. Immer mehr Frauengruppen entstehen, die sich gegen die Genitalverstümmelung aussprechen und Aufklärungskampagnen durchführen. Gesetze allein bewirken nichts. Im Sudan ist die Genitalverstümmelung seit den 40er Jahren verboten und trotzdem werden 90% der Frauen verstümmelt. So bleibt die Übertretung in den meisten Fällen folgenlos.

Ein mehr als tausend Jahre alten Brauch/Ritual, kann nicht einfach durch Gesetze abgeschafft werden. Letztendlich kann die weibliche Genitalverstümmelung nur durch eine Bewußtseinsänderung der Bevölkerung beseitigt werden. Notwendige Maßnahmen wären einerseits eine klare gesetzliche Regelung, ein explizites Verbot jeglicher Form von Genitalverstümmelung, die Einrichtung von Beratungsstellen und die Bereitstellung von Geldern für Aufklärungsprojekte in den betreffenden Ländern. Die Organisation *Terre des Femmes*, die eine Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung macht, fordert darüber hinaus u.a. die Anerkennung als frauenspezifischen Fluchtgrund. Doch vor allem braucht es eine Frauenbewegung von unten d.h. die Aktivität der betroffenen Frauen und ihre autonome Organisation, um die Genitalverstümmelung erfolgreich bekämpfen zu können.

Sophie

1 Die Schamlippen wurden durch Ringe verschlossen oder vernäht. Infibulation wird auch Pharaonische Beschneidung genannt. Heute ist sie die grausamste Art der Beschneidung (15% der Fälle in Somalia, Äthiopien, Sudan und Eritrea). Klitoris, innere- und äußere Schamlippen werden vollständig entfernt. Die Wunde wird mit Dornen oder Seide zusammengenäht. Es verbleibt eine schmale Öffnung, nicht größer als ein Streichholzstück, um zu urinieren und für die Menstruation. Wenn die Vulva nicht richtig verheilt oder die Öffnung für zu groß erachtet wird, operiert man das Mädchen noch einmal.

Sozialismus oder Barbarei!

1916, während des ersten Weltkrieges, verfasste Rosa Luxemburg die unter dem Titel *Junius-Broschüre* bekannt gewordene Schrift *Die Krise der Sozialdemokratie*. Sie setzte sich mit den Perspektiven auseinander, welche die Entwicklung des Kapitalismus bietet.

Mit dem Beginn des ersten Weltkrieges war nicht nur für die Bourgeoisie der imperialistischen Länder die Zeit vorbei, in der immer alles aufwärts ging und keine Sorge um die Zukunft notwendig schien. Auch die Strategien der wichtigsten Fraktionen der internationalen, in Worten noch revolutionären und marxistischen Sozialdemokratie, erwiesen sich als kurzsichtig. Die Fraktion um Bernstein wollte über Reformen und Mitgestaltung zum Sozialismus kommen und die um Kautsky ging davon aus, mensch könne sich auf die objektive Entwicklung des Kapitalismus verlassen und müsse nur abwarten, bis der Sozialismus einem wie eine reife Frucht von selbst in den Schoß fallen würde.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien überdachte mit Kriegsbeginn nicht ihre bisherige Politik. Sie machte weiter wie bisher und band sich durch die Unterstützung des imperialistischen Krieges nur noch stärker an die herrschende Klasse des jeweiligen Landes. Nur eine Minderheit, um Luxemburg, Lenin, Liebknecht, Trotzki oder Blagoew widersetzte sich dem.

IMPERIALISMUS ODER SOZIALISMUS

Rosa Luxemburg hatte sich auch schon vor 1914 mit imperialistischer Politik auseinandergesetzt und dabei unter anderem festgestellt, dass die Stabilität der europäischen Großmächte auch auf der Ausplünderung von Kolonien beruht. Dort lag keine ruhige Entwicklung des Kapitalismus mit relativ breitem Wohlstand bis hin in Teile der ArbeiterInnenklasse vor, sondern eine brutale Ausplünderung, welche nur Armut und Zerstörung produziert.

Mit den Balkankriegen 1912/13 begann die Entwicklung West- und Mitteleuropas um 1914 auch die imperialistischen Zentren mit einzubeziehen. Die bürgerliche Gesellschaft stehe vor der Alternative "entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei". Würde der Imperialismus siegen, bedeute das dauerhaft die Zerstörung jeglicher Kultur, die



Verwandlung der Welt in einen großen Friedhof. Nur der Sieg des Sozialismus könne dies verhindern.

SCHONUNGSLOSE KRITIK

Hierzu bedarf es aber, so Rosa Luxemburg, einer schonungslosen Selbstkritik der bisherigen Politik der ArbeiterInnenbewegung. "*Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beipiello, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte*". Die bisherigen Strategien des Abwartens und Mitgestaltens der Sozialdemokratien der imperialistischen Länder sind zugunsten der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen Imperialismus und Krieg und für den Sozialismus zu überwinden.

FORTGESETZTE BARBAREI

Die aufsteigende Barbarei, welche Rosa Luxemburg mit dem ersten Weltkrieg kommen sah, hat sich, mit gewissen Schwankungen, bis heute fortgesetzt. Kriege, Hungerkatastrophen, Massenmorde bis hin zur industriellen Ausrottung der Jüdinnen und Juden Europas durch

das nationalsozialistische Deutschland zeigen deutlich, dass die Frage *Sozialismus oder Barbarei?* bis heute zumeist zugunsten der Barbarei beantwortet wurden. Wie Trotzki und Bloch an anderen Stellen feststellten, ist die Schicht der kapitalistischen Zivilisation, welche den unmittelbaren Ausbruch der mit dieser Zivilisation untrennbar verknüpften Barbarei verhindert, allzu dünn und rissig. Auch der neue drohende Krieg im Nahen Osten scheint da nur eine weitere Episode eines endlosen Geschehens zu sein. Das internationale Proletariat und seine Organisationen waren nur zeitweise stark genug, um Schlimmeres zu verhindern. Die Bürokratisierung der (übrigens entgegen anders lautender Aussagen von Rosa Luxemburg begrüßten) russischen Revolution hin zum Stalinismus stellte da keine Alternative dar.

AUF INTERNATIONALER EBENE ORGANISIEREN

Daher ist es auch heute noch sinnvoll, sich nicht nur die 1916 von Rosa Luxemburg aufgestellten Leitsätze für eine revolutionäre und sozialistische Internationale zu vergegenwärtigen, sondern auch nach diesen zu handeln: Es gibt keinen Sozialismus ohne Klassenkampf und internationale Solidarität des Proletariats. Der Verzicht auf beides würde auch Verzicht auf den Sozialismus bedeuten. Grundvoraussetzung für die sozialistische Revolution ist die organisatorische und theoretische Unabhängigkeit der ArbeiterInnen von der Bourgeoisie und deren nationalistischen Ideologien. Der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats muss auf der internationalen Ebene liegen, das Proletariat jeden Landes muss sich "seiner" Bourgeoisie entgegenstellen. Die gemeinsamen Ziele der ArbeiterInnenklasse lassen sich dabei nur über die Aktivität der Massen im internationalen Maßstab erreichen. Auf dass der Sozialismus der Anfang und nicht die Barbarei das Ende werde.

joe hill

Keine Ausreiselager in Fürth und anderswo!

Am 7. Dezember fand in Fürth eine Demonstration gegen das erste bayerische "Ausreisezentrum" statt.

Circa tausend DemonstrantInnen waren angereist, um in der Innenstadt ein Zeichen gegen die rassistische staatliche Politik zu setzen. Die neuen Lager sollen Menschen, die nicht abgeschoben werden können, zur "freiwilligen" Ausreise bewegen. Das geschieht durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, regelmäßige Verhöre durch deutsche Behörden und durch VertreterInnen der vermuteten Herkunftsländer, Arbeitsverbot und Kontrolle der Anwesenheit durch einen privaten Wachdienst.

Auf der Abschlusskundgebung berichtete ein Flüchtling über Durchsuchungen mit Hunden, Verhöre und nachts abgestellte Heizungen. Da die BewohnerInnen des Containerlagers sowieso der Identitätsverweigerung bezichtigt werden, erhalten sie mangels "Kooperation" häufig nicht einmal die üblichen 40 Euro monatlich. Gefundenes Geld wird konfisziert, da davon ausgegangen wird, die Flüchtlinge könnten gar nicht rechtmäßig in seinen Besitz gekommen sein. Die Zimmer (16 qm für vier Personen) sind über-

füllt, die BewohnerInnen haben keine eigenen Schlüssel und dürfen auch keinen Besuch empfangen. Noch ist nicht geklärt, welchen Rechtsstatus die BewohnerInnen dort haben werden. Für die an der Demo teilnehmenden Flüchtlinge war angenehm, dass die Polizei dieses Mal die Demo wenigstens nicht eskortierte.

Korrespondentin München

www.ausreisezentren.cjb.net

Ankündigung des Neuen ISP-Verlags

RAUL PONT: HOFFNUNG IN BRASILIEN

Beteiligungshaushalt und Weltsozialforum in Porto Alegre Entwicklung der PT und Lulas Wahlsieg

Der grandiose Wahlsieg von Lula und der Aufstieg der Arbeiterpartei PT zur bedeutendsten Linkspartei Brasiliens haben in Lateinamerika und darüber hinaus große Hoffnungen geweckt. Die Arbeiterpartei entstand in den Kämpfen der späten siebziger und der achtziger Jahre gegen die Militärdiktatur durch den Zusammenschluss von sozialistischen und marxistischen Strömungen mit den christlichen Basisgemeinden, die vor allem auf dem Land tätig sind. Sie kann sich insbesondere auf die Gewerkschaftszentrale CUT und auf die Bewegung der Landlosen MST stützen.

In Porto Alegre konnte die PT zusammen mit anderen linken Kräften erstmals 1988 die Mehrheit im Stadtrat erobern und den Oberbürgermeister stellen. Sie hat dort ein viel beachtetes Gegenmodell zu den neoliberalen Politikmustern entwickelt, den sog. "Beteiligungshaushalt": Wesentliche Teile des Haushalts werden jährlich einem mehrmonatigen öffentlichen Diskussions- und Entscheidungsprozess unterzogen, an dem die gesamte Bevölkerung teilnehmen und über wichtige Investitionsprojekte entscheiden kann. Der Modellcharakter und seine internationale Ausstrahlung haben dazu geführt, dass in Porto Alegre seit 2001 das Weltsozialforum veranstaltet

wird, der Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum der Reichen in Davos und Sammelpunkt der globalisierungskritischen Bewegung weltweit.

Der Autor Raul Pont spielte als Oberbürgermeister von Porto Alegre (1997-2000) eine besondere Rolle bei der Entwicklung des Beteiligungshaushalts. Er ist einer der wichtigsten Führer der Linken in der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) und insbesondere der Strömung "Sozialistische Demokratie", die mit der Vierten Internationale verbunden ist. Das vorliegende Buch stellt einen bedeutenden Beitrag zur Debatte der brasilianischen Linken dar. Es handelt sich dabei um eine Sammlung von Texten, die zu sehr unterschiedlichen Anlässen entstanden sind, jedoch vor allem drei Themen behandeln, die weit über Brasilien hinaus auf Interesse stoßen: die Beteiligungsdemokratie in Porto Alegre, die kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung der PT und eine Analyse der Wahlen vom Oktober 2002.

127 Seiten, 12 €
ISBN 3-89900-107-9
erscheint Januar 2003

Neuer ISP Verlag GmbH
Marienstr. 15, 76137 Karlsruhe
Tel. 0721/3 11 83
e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

ERFOLGREICHES SEMINAR

Vom 27.-30.12.2002 fand am Niederrhein ein Mitgliederseminar des RSB mit insgesamt 20 TeilnehmerInnen statt.

Diskutiert wurde über die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Imperialismus, unsere Position zur Frauenbefreiung und den Stand der Frauenbewegung, über die Antiglobalisierungsbewegung und unsere Aufgaben, über Umgruppierung und Vierte Internationale, aber auch über sehr konkrete Fragen des Organisationsaufbaus.

Die Einleitungen waren auf die verschiedensten Schultern verteilt und an den Diskussionen beteiligten sich – wie im RSB üblich – so gut wie alle. Vor allem war die Zeit da, um auch durchaus unterschiedliche Ansichten intensiv bereden zu können. Kein Wunder, dass sich die Teilnehmenden für eine Fortführung im neuen Jahr aussprachen.

Korrespondent

Mehr verdienen!

Das Warten auf das Christkind ist vorbei – jetzt warten die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes auf den Schlichterspruch.

Nachdem in den frühen Morgenstunden des 19. Dezember die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt worden sind, wird am 6. Januar 2003 die Bundestarifkommission über den bis dahin ergangenen Schlichterspruch beraten, auf Annahme oder Ablehnung entscheiden und spätestens am 9. Januar wird definitiv klar sein, ob eine Urabstimmung über Streik eingeleitet wird oder nicht.

WARNSTREIKS UND MEHR

Für viele überraschend heftig rollte schon vor den Verhandlungen am 18. Dezember die Warnstreik- und Protestaktionswelle an. Schon dieser kleine Vorgeschmack zeigt, wie mächtig die Ausstände des Öffentlichen Dienstes tatsächlich sein könnten, wenn sie in ihrer geballten Kraft losschlagen. Die zig annullierten Flüge, nur weil die Flughafenfeuerwehr nicht ausrückt, zeigen was möglich wäre, wenn es zu einem Streik käme.

Dass das nächtliche Angebot der "Arbeitgeber" eine Lachnummer werden würde, konnte man im Vorfeld ahnen. Vor den Kameras zeigten sie sich überrascht, wie denn die GewerkschafterInnen tatsächlich davon ausgehen könnten, dass etwas handfestes rauskommen könnte, man sei ja schließlich erst am Anfang der Gespräche, und es fließe noch viel Wasser den Rhein runter, usw., aber eine Nullrunde, na das sei doch sowieso klar.

Das Angebot, das bis Juni 2004 ganze 0,9 und 1,2 Prozent Anhebung vorsieht, sollte mit einer Arbeitszeitverlängerung von ei-

ner halben Stunde wöchentlich, bzw. Wegfall des AZV-Tages im Osten kompensiert werden. Nun wissen wir zumindest, wohin die Fahrt geht. Kompensationsgeschäfte rund um die Arbeitszeit stehen also zu befürchten.

DIE NULLRUNDE GEGENFINANZIEREN

Überhaupt versuchen die "Arbeitgeber" den Begriff der Gegenfinanzierung nicht nur hoffähig zu machen, denn das ist er schon, sondern ihn derart in die Köpfe der Bevölkerung zu hämmern, dass eine Tarifrunde ohne 100-prozentigen Ausgleich durch Gegenfinanzierung gar nicht mehr denkbar erscheint. (Was soll denn das eigentlich für eine Lohnerhöhung sein, die man eins zu eins (!) gegenfinanzieren muss.) Die Solidarität in der Bevölkerung für Tarifkämpfe des Öffentlichen Dienstes zu erlangen, ist in allen Tarifrunden immer wieder einer der Dreh- und Angelpunkte. Deswegen ist der diesjährige vermehrte Ansatz *ver.dis* richtig: „Ja, ich bin der reiche Busfahrer, der sich bei täglich wechselndem Schichtbeginn in der Hängematte des Öffentlichen Dienstes ausruht“. Selbst die ungeliebten Beamten, denen es dieses Mal so wie auch den Krankenhäusern besonders an den Kragen gehen soll (besondere Forderungen der "Arbeitgeber" unabhängig vom endgültigen Abschluss), machen Stimmung: "Ich bin einer von den reichen Beamten", verteilt ein Feuerwehrmann bei der Warnstreikkundgebung.



Am heutigen Tage, dem 22. Dezember 2003, beginnt die Friedenspflicht. Was das Schlichtungsergebnis sein wird, bleibt abzuwarten. Was aber jetzt schon klar ist: Das Geld für eine angemessene Lohn- und Gehaltserhöhung ist da, auch wenn die Gewerkschaften die letzten sind, die noch an der Wiedereinführung der Vermögenssteuer festhalten, nachdem die ganzen SPD-Revolutionäre einer nach dem anderen einknicken. Die Wiedereinführung wäre zumindest schon einmal ein Anfang. Und: *ver.di* hat die Kraft zu streiken, auch wenn sie schon für zahnlos erklärt worden ist. Das haben die Warnstreikaktionen eindrucksvoll bewiesen.

Ida Liethen



- **Volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen!**
- **Angleichung der Ostlöhne und -gehälter!**
- **12 Monate Laufzeit!**
- **Keine Kompensationen welcher Art auch immer!**
- **Urabstimmung über jedes Ergebnis, das von der aufgestellten Forderung abweicht. Dabei soll die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden!**